

Unsere Welt



Momentaufnahme des Basler Friedensfestes 2004. Am Rednerpult NATO-Insider Rainer Rupp. Foto zvq.

Rede von Noam Chomsky zur Verleihung des Carl-von-Ossietzky-Preises der Stadt Oldenburg

Den Kampf weiterführen

In Anerkennung seiner «kritischen Analysen der Weltordnung unter besonderer Berücksichtigung der Medien» wurde dem US-amerikanischen Sprachwissenschaftler, Medienkritiker und Philosophen Noam Chomsky Mitte Mai der Carl-von-Ossietzky-Preis für Zeitgeschichte und Politik der deutschen Stadt Oldenburg verliehen. Wir dokumentieren im folgenden ungekürzt Noam Chomskys Erwiderung auf die von Michael Schiffmann gehaltene Laudatio.

Von Noam Chomsky

Ich werde gar nicht erst versuchen, angemessene Worte meiner Dankbarkeit für diese Preisverleihung zu finden, mit der einer der aussergewöhnlichsten Persönlichkeiten gedacht werden soll, die mit Leben und Werk das symbolisierte, was das Bestreben anständiger Leute überall sein sollte, und die auf eine Weise Mut und Integrität verkörperte, wie man sie selten in einer Person findet. Es ist für mich ein besonders grosses Privileg, dass ich Uri Avnery in den Fussstapfen folgen kann, denn er ist ein Mann, den ich seit vielen Jahren kenne und den ich aufgrund seiner scharfsinnigen und mutigen Schriften und seines prinzipientreuen Handelns für Frieden und Gerechtigkeit zutiefst bewundere.

Vor zwei Jahren stellte Uri Avnery in seiner Ansprache zu Recht Carl von Ossietzky in die Reihe der hebräischen Propheten und erinnerte an die durch den König Ahab ausgesprochene Verdammung des Propheten Elias als «Hasser Israels». König Ahab, Inbegriff des Bösen in der Bibel, setzte, wie es die grässlichen Herrscher bis zum heutigen Tage tun, die Staats-

macht mit dem Land selbst, seinen Menschen und ihrer Kultur gleich. Wenn also Elias den mörderischen König ärgerte, so ärgerte er Israel. Bedauerlicherweise bestehen solche Unsitten bis heute fort. Der weit verbreitete Begriff «anti-amerikanisch» ist ein aktueller Beweis hierfür, er widerspiegelt dieselben zutiefst totalitären Annahmen.

Die biblischen Propheten könnte man aus heutiger Sicht durchaus als intellektuelle Dissidenten bezeichnen. Sie lieferten geopolitische Analysen, die den Mächtigen nicht genehm waren. Sie warnten vor den Folgen ihrer Verbrechen. Sie forderten Gerechtigkeit und Einhaltung von Menschenrechten und Menschenwürde. Zu ihren Lebzeiten wurden sie scharf verdammt und dazu noch oftmals streng bestraft. Damals wurden die Schmeichler am Hofe geehrt. Einige Jahrhunderte später haben sich die Werte grundlegend gewandelt. Jetzt ehren wir die Propheten und verdammen die Schmeichler. Doch die Muster und Unsitten der Antike bestehen fort.

Carl von Ossietzky wurde zu seinen Lebzeiten verleumdet und brutal bestraft, man gedenkt seiner heute je-

doch zu Recht als einer heroischen Persönlichkeit. Vielen anderen Märtyrern widerfährt dies jedoch nicht.

In meinem Büro im MIT [Massachusetts Institute of Technology – d. Red.] hängt an der Wand ein Gemälde, das mir ein Jesuitenpriester geschenkt hat. Dieses Gemälde stellt den Todesengel dar, wie er über dem Erzbischof Romero von El Salvador steht, dessen Ermordung im Jahre 1980 ein Jahrzehnt schlimmster Grausamkeiten einleitete. Vor ihm stehen sechs führende lateinamerikanische Intellektuelle, Jesuitenpriester, die 1989 zusammen mit ihrer Haushälterin und deren Tochter durch Kopfschüsse gezielt getötet wurden; dies markierte den Abschluss eines grausamen Jahrzehnts. Dieselben Hände hatten später auch die Massaker während der internationalen Terrorkampagne dargestellt, die Romeros Nachfolger als «Vernichtungskrieg und Völkermord gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung» beschrieb.

Wie der ermordete Erzbischof, so waren auch diese jesuitischen Intellektuellen «Stimmen der Stummen» und erlitten dasselbe Schicksal wie viele tapfere und verehrungswürdige Persönlichkeiten in der Menschheitsgeschichte, die jener heldenhaften Berufung gefolgt sind. Und wie der Erzbischof wurden sie zweifach hingerichtet: Auf brutale Weise ermordet, blieben sie obendrein in den aufgeklärten Ländern der westlichen Welt

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

27. Jahrgang
Nr. 2 – 2004
Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–

Aus dem Inhalt

US-Wahlen: Der Fisch stinkt vom gesamten Kopf	3
Sharons Abzugsplan: Operation verbrannte Erde	4
EU: Auf dem Weg zur Militärmacht	5
Irak: USA auf der Suche nach mehr Kanonenfutter	5
Kuba I: Fidel Castro liest George W. Bush die Leviten	6
Kuba II: Gespräch mit Ana Maria Rovira Ingidua	7
Die Achtziger: «Joe» und «Luggi» Stebler	8

Ostermarsch für Frieden und Abrüstung 2004

Aus drei Ländern für den Frieden

Am Oster-Vorwochenende war es wieder soweit: Aktivisten und Engagierte aus der Oberrhein-Region Nordwestschweiz-Südbaden-Elsass trafen sich bei schönstem Frühlingswetter in Basel zur Dreiländer-Friedenskundgebung, wie der Basler Ostermarsch seit einigen Jahren genannt wird.

Von Matthias Goldschmidt

Eröffnet wurde die Dreiländer-Friedenskundgebung mit einem Friedensmarsch, der vom Bahnhof SBB durch die Basler Innenstadt zum Theaterplatz führte. An diesem «Kleinen Ostermarsch» beteiligten sich ca. 100 Friedensfreunde, die ihre Pace-Fahnen und Transparente in kämpferischer Stimmung durch die Strassen trugen. «US-Politik bringt Elend, Terror und Krieg», hiess es da auf einem der Transparente. Ein anderes, witziges zeigte Bush mit blauem Auge und Untertitel: «Mission accomplished»...

Die Beteiligung auf dem Theaterplatz – wo die Manifestation zum ersten Mal stattfand – lag mit etwa 300 Personen deutlich unter derjenigen von 2003, aber die Situation war eben letztes Jahr eine andere. Die Leute waren damals, bei Kriegsbeginn, unmittelbar emotional aufgewühlt, schockiert und empört. Diesmal ging es um «die Mühen der Ebenen», um die nicht nachlassende Aufklärung über imperialistische Machenschaften, um Mobilisierung gegen die anhaltende Bedrohung der Völker durch die Weltherrschaftsarroganz der USA und ihrer «Verbündeten».

Demonstriert wurde «Gegen die Besatzung Iraks und Palästinas», für «Völkerrecht statt Faustrecht». Weitere Forderungen waren: «Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker! Abrüstung statt Sozialabbau! Für Beseitigung von Armut, Hunger, Unwissenheit und Elend! Gegen Aggression, Konfrontation und Erpressung! Für Dialog und zivile Konfliktlösungen! Für eine aktive Friedenspolitik!» Diese Losungen waren durch das gemeinsame Komitee aus 22 beteiligten friedenspolitisch aktiven Organisationen im Laufe einer mehrmonatigen Vorbereitungsphase erarbeitet und als Aufruf verbreitet worden.

Die teilnehmenden Organisationen waren so unterschiedlich wie die Pace-Fahne bunt ist. Neben der SFB und GSoA hatten auch die Vereinigung Schweiz-Kuba, das Palästina-komitee Basel, die Rifondazione Comunista und einige andere ihre Informationsstände aufgestellt. Trotz dieser Vielfältigkeit, die teilweise sogar etwas kontradiktorisch war, setzten sich alle gemeinsam für das Hauptanliegen der Friedensdemo ein: «Völkerrecht statt Faustrecht.»

Die langfristige und gründliche Vorbereitung zahlte sich nun aus: Von der organisatorischen und menschlichen Seite her verlief das Friedensfest nahezu perfekt. Zu dem Gefühl, einen gelungenen friedenspolitischen Nach-

mittag erlebt zu haben, trugen mehrere Faktoren bei: das war vor allem das reichhaltige, anregende Programm, aber auch die äusserst angenehme Atmosphäre auf dem bühnenähnlichen Theaterplatz mit seinem stets faszinierenden Tinguely-Brunnen.

Eröffnet wurde das Fest mit antimilitaristischen Liedern der deutschen Singebewegung, vorgetragen von unserer langjährigen Friedensfreundin und Sängerin Marianne aus Karlsruhe. Sie überbrachte auch die solidarischen Grüsse der Freunde aus ihrer Stadt und Südbaden. Ihre meist selbst geschriebenen, teils besinnlich-fragenden, teils kämpferisch-mitreisenden Lieder waren eine perfekte Einstimmung auf die drei Hauptansprachen. Diese wurden gehalten von Rainer Rupp aus Saarburg (Rheinland-Pfalz/Saarland), der Palästinenserin Saïda Keller-Messahli (Gesellschaft Schweiz-Palästina) aus Zürich und der Irakerin Payman Karim (Organisation für die Freiheit der Frauen im Irak) aus Bern.

Kriege sind keine Naturkatastrophen

«Krieg ist der grösste und schlimmste Terrorismus überhaupt», betonte Rainer Rupp in seiner Ansprache. Der ehemalige Nato-Insider («Topas»), heute profunder Nato-Analytiker und Journalist verurteilte die Irakpolitik der USA und ihrer «Verbündeten» mit deutlichen Worten. Er lieferte nochmals einen Abriss der wirklichen Hintergründe und belegte mit eindrucksvollen Zitaten, dass der Krieg gegen den Irak von langer Hand geplant worden war, und zwar bereits vor dem 11. September 2001! Rainer Rupp ordnete diesen Krieg ein in den grossen Zusammenhang US-amerikanischer Weltherrschaftspläne (PNAC, Project for a New American Century) und zeigte auf, wie eine äusserst aggressive Clique von amerikanischen Neokonservativen im Umfeld der Familie Bush, allesamt auf engste sowohl mit dem militärisch-industriellen Komplex wie auch mit den grossen Erdölgesellschaften verbunden, seit langem auf die Beherrschung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens hinarbeiten. Dessen geopolitische Bedeutung, strategische Lage und Naturreichtümer seien für die herrschenden Kreise der USA von zentralem Interesse. Daher seien dann natürlich alle Mittel recht gewesen: Betrug, Täuschung, Lügen, Komplote. Allerdings sei dies, bei genauerem Hinschauen, eigentlich für die Politik der USA nichts Neues, wie die Ge-

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung von Seite 1
weitgehend unbekannt, was für Intel-
lektuelle ein besonders schlimmes
Schicksal ist. Einzig Fachleute oder
Aktivisten kennen ihre Namen oder
haben eine Vorstellung davon, was sie
schrieben. Wer die Lehren der Ge-
schichte kennt, dem können die Grün-
de hierfür kaum verborgen bleiben,
und der wird sich auch des ins Auge
springenden, beschämend engen Zu-
sammenhangs zwischen Macht und
Straffreiheit bewusst sein.

Das Gemälde hängt an der Wand
meines Büros, um mich tagtäglich an
die reale Welt zu erinnern. Es hat sich
aber auch gezeigt, dass es einen weite-
ren sehr aufschlussreichen Zweck er-
füllt. Es kommen viele Besucher in
mein Büro. Die Lateinamerikaner un-
ter ihnen erkennen das Bild mit
nahezu unfehlbarer Sicherheit, die
Nordamerikaner hingegen praktisch
nie. Von den Europäern erkennen es
vielleicht zehn Prozent. Es erübrigt
sich wohl jeder Kommentar darüber,
was dies über unsere eigene morali-
sche und intellektuelle Kultur aussagt.
Leider ist das nur ein Beispiel von
vielen.

Kurzsichtige Bürokratien

Zum Abschluss seiner damaligen
Rede verlieh Uri Avnery der Hoff-
nung auf Frieden in jener krisen-
geschüttelten Region der Erde Aus-
druck, für den er sich dort so mutig
einsetzt. Damals waren die Verhält-
nisse trostlos. Heute ist das Bild noch
weit düsterer, und was sich daraus er-
gibt, könnte sogar zu nuklearem Ter-
ror oder Schlimmerem führen. Aber
es kann kein Zweifel daran bestehen,
dass auch eine friedliche Beilegung
möglich ist. Die vielversprechendste
Lösung – die auch von Gush Shalom
verfochten wird, der Friedensorgani-
sation, in der Avnery eine führende
Rolle spielt – wurde am 1. Dezember
in Genf der Öffentlichkeit vorgestellt.
Regierungen in aller Welt, jedoch
nicht alle, begleiteten diese Präsen-
tation mit Unterstützungserklärungen.
Wie die New York Times berichtete,
«gehörte die Regierung der Vereinig-
ten Staaten auffälligerweise nicht zu
denjenigen, die Unterstützungserklä-
rungen abgaben». Die Folgen dieser
Haltung liegen klar auf der Hand.
Ebenso klar ist, dass europäische Ini-
tiativen sehr wohl etwas Entscheiden-
des bewirken könnten. Dies ist bei
weitem nicht das einzige Beispiel, es
ist nur das bedrohlichste.

Der Ernst der Herausforderungen,
mit denen wir konfrontiert sind, lässt
sich schwerlich übertreiben. Uns allen
ist sehr bewusst, dass Menschen
derart schreckliche Vernichtungsw-
affen entwickelt haben, dass das
Überleben unserer Gattung bedroht
ist. Wissenschaftler in den USA haben
unlängst entdeckt, dass US-Präsi-
den-



Prof. Noam Chomsky gilt vielen Exper-
ten als «Einstein der Linguistik». Doch
der 76-jährige Sprachwissenschaftler vom
renommierten Massachusetts Institute of
Technology (MIT) erlangte mit kultur- und
politikritischen Veröffentlichungen, die ihn
auch zu einem der Protagonisten der Anti-
Vietnamkriegsbewegung und Wortführer
der Neuen Linken in den USA machten,
Berühmtheit über fachwissenschaftliche
Kreise hinaus. Foto Ullstein/Reuters

ten über die Auswirkungen eines
Atomkrieges «systematisch fehl-
informiert» wurden. Sie hätten auf
grund fehlenden Überblicks über die
«abgeschirmten Bürokratien», die
Analysen über einen «begrenzten»
und «gewinnbaren» Krieg lieferten,
das Ausmass der Zerstörung «ernst-
haft unterschätzt». Dies führe zu einer
«institutionellen Kurzsichtigkeit», die
«katastrophale» Folgen haben könne.
Ich zitiere aus einem Hintergrundar-
tikel in der bedeutenden US-amerika-
nischen wissenschaftlichen Wochen-
zeitschrift Science. Das Problem der
institutionellen Kurzsichtigkeit ist ein
ernstzunehmenderes als jenes der
Pleiten und Manipulationen der
Geheimdienstberichte im Zusammen-
hang mit dem Irak, die in den letzten
Monaten die Titelseiten der Presse ge-
füllt und Schlagzeilen geliefert haben.

Atomare Bedrohung

In der Vergangenheit standen wir
mehrmals kurz vor einem Atomkrieg.
Im Oktober 2002 fand in Havanna
eine hochrangig besetzte Konferenz
zum 40. Jahrestag der Kuba-Krise
statt, an der massgebliche Vertreter al-
ler beteiligten Seiten teilnahmen. Sie
waren sich schon vorab der Tatsache
bewusst, dass diese durch die sowjeti-
sche Raketenstationierung ausgelöste
Krise «der gefährlichste Augenblick
in der Menschheitsgeschichte» war,
wie sich der namhafte Historiker und
Kennedy-Berater Arthur Schlesinger
in Havanna ausdrückte. Aber sie wa-
ren schockiert, als sie erfuhren, wie
gefährlich die damalige Lage tatsäch-
lich gewesen war. Es wurde aufge-
deckt, dass die Welt damals buchstäb-
lich nur ein einziges Wort von einem
Atomkrieg entfernt war. Zur Zeit der
Raketenkrise war noch nicht bekannt,
dass die russischen U-Boote mit ato-
maren Torpedos bestückt waren. Als
die russischen U-Boote von US-Zer-
störern angegriffen wurden und die
U-Boot-Kommandeure annahmen,
dass ein allgemeiner Krieg ausgebro-
chen sei, erging der Befehl, die Torpe-
dos abzufeuern. Dieser Befehl wurde
jedoch noch rechtzeitig von einem der
Kommandeure, Wassili Archipow, wi-
derrufen. So konnte eine Eskalation
abgewendet werden, die sich ohne
weiteres zu einem Atomkrieg hätte
steigern können – einem Krieg, der,
so hatte Präsident Eisenhower ge-
warnt, möglicherweise zur Zerstö-
rung der nördlichen Hemisphäre ge-
führt hätte.

Später geschah es sehr oft, dass der
Abschuss von Atomwaffen in letzter
Minute noch durch menschliches Ein-
greifen gestoppt werden konnte,

nachdem computergesteuerte Warn-
systeme fälschlicherweise einen krie-
gerischen Angriff auf das Land mel-
deten. In einem Fall, und zwar in
Russland 1995, wurde der Abschuss
nur zwei Minuten vor dem geplanten
Zeitpunkt gestoppt. Diese Systeme
sind nach wie vor auf Hochalarm ge-
schaltet und sowohl in den USA als
auch in Russland computergesteuert.

Zumindest über die US-Systeme
wissen wir eine Menge. Ein Untersu-
chungsbericht des Kongresses aus
dem Jahr 1980 stellte fest, dass allein
im Jahr 1979 78 Besprechungen zur
Beurteilung von Computermeldun-
gen eines Raketenangriffs anberaumt
wurden, und dies war ein durchaus
normales Jahr. Zwischen 1977 und
1984 gab es 21 000 Fehlanzeigen ei-
nes Raketenangriffs; über fünf Pro-
zent davon machten eine genauere
Überprüfung erforderlich. Heute, so
wird uns berichtet, kommen solche
Fehlanzeigen und Fehlalarme täglich
vor. Die Systeme der USA räumen
eine Frist von drei Minuten zur
menschlichen Beurteilung nach Ein-
gang der Warnung vor einem Rake-
tenangriff ein, und danach noch
einmal weitere 30 Sekunden für An-
weisungen des Präsidenten. Das Pen-
tagon hat ernsthafte Entwicklungs-
fehler bei den Computer-Sicherheits-
systemen entdeckt, die terroristischen
Hackern den Zugriff und die Simula-
tion eines Raketenabschusses ermög-
lichen. Bruce Blair, der bekannte stra-
tegische Analytiker, spricht in diesem
Zusammenhang von einem «Unfall,
der nur darauf wartet, dass er pas-
siert». Russische Systeme sind weit-
aus weniger zuverlässig und haben
sich im Gefolge des wirtschaftlichen
Zusammenbruchs wesentlich ver-
schlechtert. Somit ist die Gefahr eines
aus Zufall ausbrechenden finalen
Krieges grösser geworden.

Provozierte Gegenwehr

US-Analytiker gehen davon aus, dass
sich die russischen Militärausgaben in
den Jahren unter Bush und Putin ver-
dreifacht haben. Diese Reaktion auf
das Säbelrasseln und die Aggressivi-
tät der Bush-Administration war zu
erwarten. Russland hat sich nach ei-
genen Angaben jetzt auch die Bush-
Doktrin vom «Erstschlag» zu eigen
gemacht, die eine beschönigende Um-
schreibung für willkürliche Aggressi-
on ist. Diese Doktrin, die in der Natio-
nalen Sicherheitsstrategie von Bush
formal verkündet wurde, hat Henry
Kissinger als eine «revolutionäre»
neue Doktrin beschrieben, die das seit
dem Westfälischen Frieden Mitte des
17. Jahrhunderts bestehende System
ebenso zunichte macht wie die UN-
Charta und das moderne Völkerrecht.
Die russische Führung hat auch «ein
entscheidendes Detail hinzugefügt»,
sie hat nämlich laut Presseberichten
«festgestellt, dass militärische Ge-
waltanwendung möglich ist, wenn es
Bestrebungen geben sollte, den Zu-
gang Russlands auf Regionen zu be-
hindern, die für sein Überleben von
zentraler Bedeutung sind». Somit hat
sie die Clinton-Doktrin übernommen,
wonach die USA zu «einseitiger An-
wendung militärischer Gewalt» be-
fugt sind, um den «ungehinderten Zu-
gang zu entscheidenden Märkten,
Energiereserven und strategischen
Ressourcen» zu gewährleisten, wie
das Weisse Haus zur Zeit Clintons
dem Kongress mitteilte.

Vor zwei Monaten führte Russland
seine grössten Militärmanöver seit
zwei Jahrzehnten durch und testete
dabei neue und noch ausgereifere
Massenvernichtungswaffen. Rang-
hohe Militärs stellten dabei heraus,
dass dies eine Reaktion auf die Hand-
lungen der US-Regierung darstelle –
auch dies war genauso zu erwarten
und vorhergesagt worden. Besorgt
äusserten sie sich insbesondere über
die Bestrebungen der USA, die
Schwelle für den Einsatz atomarer
Waffen abzusenken und Mini-Atom-

waffen oder sogenannte «bunker
busters», bunkerbrechende Bomben,
zur Anwendung zu bringen. Russische
Militäranalytiker können nur von den
gleichen Annahmen ausgehen wie
ihre amerikanischen Amtskollegen,
die darüber schreiben, dass sie mit ih-
ren Waffen in Bergen versteckte russi-
sche Kommandobunker angreifen
könnten, von denen aus die Atomar-
senale kontrolliert werden. Das ein-
seitige Insistieren der USA auf Nut-
zung des Weltalls für offensive militä-
rische Zwecke ist ein weiterer Grund
zur Besorgnis. US-Analytiker be-
fürchten, dass Russland derzeit versu-
chen könnte, es den USA bei der Ent-
wicklung eines Überschall-Raketen-
trägers gleichzutun, der aus dem Welt-
raum wieder in die Erdatmosphäre
eintreten und ohne Vorwarnung
überall verheerende Angriffe ausfüh-
ren könnte.

Unter Militäranalytikern aller Sei-
ten ist unbestritten, dass die soge-
nannte «Raketenabwehr» der USA in
Wirklichkeit eine Erstschlagswaffe
darstellt und dass der Einsatz solcher
Systeme bei den potentiellen An-
griffszielen, nämlich Russland und
China, dazu führt, dass diese ihrer-
seits neue Waffensysteme zu ihrer
Überwindung entwickeln. So wie
etwa die USA 1968 auf ein kleines
Raketenabwehrsystem um Moskau
reagierten, indem sie dieses mitsamt
den Radareinrichtungen zum Ziel-
objekt ihrer Atomwaffen machten.
Die erste [von den USA – d. Red.] für
diesen Sommer angekündigte Statio-
nierungsstufe wurde als politisches
Manöver scharf kritisiert, bei wel-
chem unausgereifte Technik von
zweifelhafter Zuverlässigkeit zu enor-
men Kosten eingesetzt würde. Eine
ernstzunehmendere Kritik besteht
darin, dass das System den Anschein
hoher Effizienz wecken könne. In der
Logik eines Atomkrieges zählt der
Schein und nicht die Wirklichkeit.
Eine scheinbare Wirksamkeit wird
Reaktionen auslösen, die die Welt der
Zerstörung erneut näher bringen.

Erbe und Zukunft

Diese Entwicklungen verlaufen nach
einem historischen Muster. Mit er-
schreckender Eintönigkeit haben
Staaten, die über die zerstörerischste
Militärmacht verfügen – natürlich
stets mit dem Bekenntnis zur Selbst-
verteidigung –, ihre Zerstörungs-
macht immer weiter auszudehnen ver-
sucht. Die USA sind eine ungewöhn-
lich offene und freie Gesellschaft, in
diesem Punkt im Grunde einzigartig,
und daher verfügen wir über reichhal-
tige Aufzeichnungen von Dokumen-
tationen über die internen Planungen
in diesem Bereich. Der erschre-
ckendste Gesichtspunkt besteht in der
Tatsache, dass bei der regelmässigen
Entwicklung von immer schlagkräfti-
geren Vernichtungswaffen die Sorge
über mögliche Vergeltungsschläge,
die die USA treffen und aufs Äus-
serste gefährden würden, bislang kei-
ne bzw. kaum eine Rolle gespielt hat.
Soweit wir das aufgrund vorliegender
Informationen beurteilen können,
dürfte diese Feststellung auch für an-
dere Staaten gelten. Die unerbittli-
chen geschichtlichen Fakten sprechen
eine deutliche Sprache. Der Unter-
schied liegt heute nur darin, dass
inzwischen viel mehr auf dem Spiel
steht.

Dies ist nur ein kleines Beispiel. In
solchen Fällen, und dazu gehören
auch lokale Konflikte und Terror, sind
konstruktive Lösungen naheliegend;
ihre Umsetzung wird jedoch von der
«institutionellen Kurzsichtigkeit», ei-
ner herrschenden Doktrin und der ge-
wohnten Autoritätsgläubigkeit und
Unterwürfigkeit verhindert. Wir
geniessen heute ungewöhnliche Frei-
heiten und Privilegien, die jedoch
kein Geschenk von oben sind, sondern
das Erbe eines langen und mutigen
Kampfes. Freiheit und Privilegien
übertragen zugleich Verantwortung

und eröffnen Wahlmöglichkeiten. Wir
haben die Wahl, das Erbe fallenzu-
lassen, in dessen Genuss wir gekom-
men sind, und somit dafür verantwor-
lich zu sein, dass uns das Schlimmste
erst noch bevorsteht. Oder wir ent-
scheiden uns dafür, dieses grossartige
Erbe nutzbar zu machen, den Kampf
weiterzuführen und künftigen Gene-
rationen Grund zur Hoffnung zu ge-
ben. Die Wahl könnte nicht klarer
sein, und die Konsequenzen wären
kaum dramatischer.

Es ist unsere Pflicht, Carl von
Ossietzkys und anderer Märtyrer für
die Sache der Freiheit und Gerechtig-
keit zu gedenken und sie zu ehren.
Noch grösser ist allerdings unsere
Verantwortung, uns ihrer Sache nach
Kräften hinzugeben.

Übersetzung Hans-Gerd Öfinger.
Veröffentlicht mit freundlicher Geneh-
migung der «jungen Welt». Original
unter: <http://www.jungewelt.de/2004/05-28/005.php>

In Kürze



Vanunu in «Freiheit»

Wie in der UW vom März 2004 ange-
kündigt, wurde der ehemalige Atom-
techniker Mordechai Vanunu am 21.
April aus 18jähriger israelischer Haft
entlassen. Im Gefängnis sass er, weil
er der englischen «Sunday Times»
1986 Details zum damals (wie heute)
streng geheim gehaltenen und von der
israelischen Regierung stets gelegu-
neten Nuklearpotenzial seines Landes
verraten hatte.

Völlig frei wird sich Mordechai
Vanunu auch nach seiner Haftentlas-
sung nicht bewegen können. So darf
er – zunächst während eines Jahres –
zum Beispiel nicht mit ausländischen
Journalisten sprechen, darf keine aus-
ländischen Botschaften betreten und
das Land nicht verlassen. Nach offizi-
eller israelischer Lesart «muss alles
getan werden, um zu verhindern, dass
er die Sicherheit Israels noch einmal
gefährden kann» (Shimon Peres am
20. April 2004).

In einem Gespräch mit einem israe-
lischen Journalisten erklärte Vanunu
inzwischen, er habe 1986 eine nuklea-
re Katastrophe für sein Land verhin-
dern wollen. Sein Motiv sei nicht ge-
wesen, «Israel zu verraten, sondern
vor einem neuen Holocaust zu bewah-
ren.».



Titelseite der Sunday Times vom 5. Okto-
ber 1986 mit der Vanunu-Story.

Ihre Spende

liebe Leserin,
lieber Leser,
macht die Heraus-
gabe dieser Zeitung
erst möglich.

Schweizerische
Friedensbewegung
(SFB),
4001 Basel,
PC 40-1627-7.
Herzlichen Dank!

John Kerry und die Perspektiven demokratischer Aussenpolitik nach einem Wahlsieg

Der Fisch stinkt vom gesamten Kopf!

Mit US-Präsidentschaftskandidat John Kerry wird die Hoffnung auf eine gemässigte Aussenpolitik verknüpft. Bush bedeutet Krieg, Kerry Frieden: auf diese Formel wird derzeit in den USA, aber auch in Europa die aussenpolitische Programmatik beider Kontrahenten reduziert.

Von Jürgen Wagner

Wem behagt sie nicht, die Vorstellung, der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry werde im November 2004 George W. Bush ablösen und so eine der aggressivsten Phasen US-amerikanischer Kriegspolitik beenden.

Zwar ist Washingtons globaler Feldzug jüngst etwas ins Stocken geraten, dies hat allerdings wohl primär damit zu tun, dass der für Bushs Wiederwahl zuständige Karl Rove die Parole «Kein Krieg 2004» ausgab. Ein Blick auf das neueste Bush des einflussreichen Richard Perle, sein «Handbuch zum Sieg», in dem er u. a. einen Angriff auf Nordkorea, die Abspaltung der ölfreieichen Ostprovinzen Saudi-Arabiens und eine Verschärfung der amerikanischen Iran-Politik fordert, lässt befürchten, dass die neokonservative Kriegspolitik nach Bushs Wiederwahl bedingungslos fortgesetzt wird. Umso mehr, da Gerüchten zufolge die moderateren Kabinettsmitglieder, C. Powell und C. Rice, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung stehen wollen.

So ist es nicht verwunderlich, wenn mit John Kerry die Hoffnung auf eine gemässigte Aussenpolitik verknüpft wird. Bush bedeutet Krieg, Kerry Frieden, auf diese Formel wird derzeit in den USA, aber auch in Europa die aussenpolitische Programmatik beider Kontrahenten reduziert. Der amerikanische Philosoph Richard Rorty beschuldigt sogar all diejenigen, die nicht bedingungslos John Kerry unterstützen, zu verhindern, dass Amerika zu den friedfertigen Wurzeln seiner Aussenpolitik zurückkehren könne. Der Militärspezte und Bush-Kritiker Andrew J. Bacevich bezeichnet die anstehenden Wahlen gar als «ein Referendum gegen das Empirere.»

Das Problem ist, dass es genau hierum nicht geht. Die aggressive Aussenpolitik der USA ausschliesslich auf George W. Bush zu reduzieren, heisst anzunehmen, dass es unter einer demokratischen Präsidentschaft zu einem Wandel im Ziel und der Substanz und nicht nur im Stil und der Methode amerikanischer Aussenpolitik kommen wird. Und genau dies wird nicht der Fall sein. Will sagen: Der Fisch

stinkt vom gesamten Kopf, nicht nur von dessen republikanischer Hälfte!

Nur zur Erinnerung: Es war in der Amtszeit des Demokraten Bill Clinton, in der sich viele zurecht kritisierte Tendenzen amerikanischer Aussenpolitik herausbildeten. Dass sich die USA mit allen auch militärischen Mitteln berechtigt fühlen ihre Hegemonialposition zu wahren, fand sich in jedem damaligen Strategiepapier; Die aggressive Ausweitung neoliberaler Globalisierung wurde 1993 mit der Strategy for Enlargement propa-



Präsidentschaftskandidat der Demokraten: John Kerry macht Stimmung für Stimmen bei Kriegsveteranen in Huntington. Foto AFP/ND

giert; Die Abkehr von der UNO und der Schwenk zum Unilateralismus wurde 1994 vollzogen; Amerikanische Dominanz «in allen Bereichen der Kriegsführung» strebte schon 1996 die Joint Vision 2010 an; Und nicht zuletzt war es Clinton, der 1999 den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien führte. Da Kerry mit Richard Morningstar und

William Perry zwei Personen in seinen aussenpolitischen Stab berief, die unter Clinton massgeblich für diese Politik mitverantwortlich waren, dürfte hiermit eine gewisse Kontinuität leider gesichert sein.

Da sich Kerry mit Äusserungen zur Aussenpolitik eher bedeckt hält, lohnt sich ein Blick darauf, was der engere Zirkel demokratischer Fachleute in einer kürzlich veröffentlichten «Demokratischen Nationalen Sicherheitsstrategie» (DNSS) zu diesem Thema zu sagen hat. Vieles von dem was dort

Allerdings ist fraglich, ob die Wiederannäherung an Europa gelingen wird. Denn das transatlantische Auseinanderdriften hängt nicht ursächlich damit zusammen, dass sich Bush, Rumsfeld und Co. hin und wieder kräftig im Ton vergreifen, sondern basiert auf realen Interessensunterschieden. Diese traten bereits unter Clinton zu Tage und haben sich unter Bush lediglich verschärft. Dass dieser Prozess von den Demokraten rückgängig gemacht und nicht nur etwas verzögert wird ist fraglich. Denn auch die DNSS betont allen Bekenntnissen zum Multilateralismus zum Trotz: «Unser Leitprinzip ist, zusammen wenn wir können, allein wenn wir müssen.»

So schön also die Vorstellung ist, Bushs Abwahl würde eine friedenspolitische Periode amerikanischer Aussenpolitik einleiten und in Anerkennung der Tatsache, dass in einigen Bereichen – etwa im Konflikt Israel-Palästina oder der Rüstungskontrolle – durchaus Verbesserungen eintreten könnten, sollte man sich nicht zu viel versprechen. Wie gesagt: Der Fisch stinkt vom gesamten Kopf!

Mit freundlicher Genehmigung des Autors. Quelle: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., IMI-Standpunkt 2004/020 in: Zeitung gegen den Krieg 17/2004, <http://www.imi-online.de>

In Kürze

Washington soll für Giftgaskrieg bezahlen

Laut der iranischen Nachrichtenagentur IRNA hat ein Gericht in Teheran die Vereinigten Staaten zur Zahlung einer Summe von 600 Millionen US-Dollar verurteilt. Damit sollen die iranischen Opfer jener chemischen Waffen entschädigt werden, welche die USA Mitte der achtziger Jahre während des irakisch-iranischen Kriegs an Saddam Hussein geliefert hatte. Details über die US-Lieferungen in Form der erforderlichen chemischen und biologischen Materialien und der Herstellung von Massenvernichtungswaffen notwendigen Technologie an Saddam Hussein sind in den Untersuchungsberichten des US-amerikanischen Kongresses aus den Jahren nach dem ersten US-Golfkrieg festgehalten. Damals hatte Saddam an der Front massenhaft chemische Waffen nicht nur gegen iranische Soldaten, sondern auch gegen das Dorf Sardascht unweit der irakischen Grenze eingesetzt. Das Urteil des iranischen Gerichts wurde inzwischen der Schweizer Botschaft übergeben, die seit Abbruch der iranisch-amerikanischen Beziehungen im Jahre 1980 die Interessen der USA im Iran vertritt. (R. R.)

Millionen für Rafah?

Das Hilfswerk der UNO für Palästina (UNWRA) hat in einem dringenden Appell Hilfgelder in der Höhe von mehr als 18 Millionen Franken für Rafah im südlichen Gaza-Streifen gefordert. Dies sei notwendig, um dort mehrere hundert Familien, die während der israelischen «Operation Regenbogen» ihre Häuser verloren haben, mit Unterkünften und Lebensmitteln zu versorgen. Die Gelder sollten laut Mitteilung der Organisation auch zur medizinischen Behandlung von Menschen dienen, die von israelischen Soldaten verwundet wurden.

Bei der «Operation Regenbogen» (siehe auch Seite 4) waren Mitte Mai mehr als 50 Palästinenser getötet worden. (ND)

Fortsetzung von Seite 1

schichte mit unzähligen Belegen beweise. «Kriege sind keine Naturkatastrophen, sondern sie werden gemacht: aus Macht- und Profitgier».

Saïda Keller-Messahli von der Gesellschaft Schweiz-Palästina eröffnete ihren immer wieder von Applaus unterbrochenen Redebeitrag mit den Worten: «Wir haben uns hier zu einem Marsch für den Frieden versammelt. Wir sind hier, weil wir gegen den Krieg sind – gegen jede Form des Kriegs. Wir demonstrieren gegen die Kriege, die geführt werden. Und wir demonstrieren gegen das Machen des Kriegs. Die USA und ihre Verbündeten haben den Irak-Krieg zwei Wochen lang geführt. Aber vorher haben sie ihn während Monaten gemacht, sie haben ihn herbeiorganisiert. Sie wollten den Krieg retten, das Prinzip des Kriegs. Sie erfanden neue Kriege: «Krieg gegen den Terrorismus», «Präventivkrieg» etc. ... Überall auf der Welt demonstrierten Millionen gegen dieses Festhalten am Krieg. Auch in den USA, in England und Spanien. Die Bevölkerung war gegen den Krieg. Trotzdem fand er statt. Denn die hochgerüstete Kriegsmaschine braucht den Krieg. Sonst würde sie überflüssig. ... Auf die Konflikte von heute und morgen reagieren die Mächte mit den Mitteln von gestern. Was als «Krieg gegen den Terrorismus» verkündet wurde, nimmt den imperialistischen Krieg im alten Stil zum Vorbild. ... Der Globalisierung der Märkte folgte die Globalisierung der Macht unter der Führung der einen Supermacht. Die globalisierte Macht hat keinen fassbaren Gegner mehr. Also muss sie sich einen machen. ... Zum «Schutz gegen den Terrorismus» werden die Freiheitsrechte eingeschränkt, die Überwachung verstärkt. Im Namen der Demokratie wird die Demokratie ausgehöhlt. Und alle Staaten, auch die übelsten, springen dankbar auf diesen Zug auf, verstärken ihre Repression.»

Schwerpunkt ihrer Ansprache waren Rechte und Würde des palästinensischen Volkes: «Auch im Wider-

stand der Palästinenser gegen die Besatzung will Israel nur Terrorismus sehen. Die Palästinenser leben unter einer waffenstarrten Macht. Die besetzten Gebiete sind das grösste Gefängnis der Welt, alle Grenzen werden minutiös kontrolliert, jeder Schritt von den israelischen Drohnen – mit Schweizer Hilfe gebaut! – überwacht, Tag und Nacht. Die Bevölkerung ist verarmt, ruiniert, hoffnungslos. ... Die israelische Repression zielt auf die Würde der Palästinenser. Tagtägliche Demütigungen und Erniedrigungen. Israelische Terrorkommandos handeln jeden Tag gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung. Daraus entstehen die verzweifelten palästinensischen Selbstmordattentate auf israelische Zivilisten. Doch die israelische Militärmacht zieht die palästinensischen Führer nicht zur Verantwortung. Sie sind es nicht wert. Sie werden liquidiert. Einer nach dem andern. Sie werden ermordet, abgeknallt.» Ohne Ablegen der Arroganz, ohne gegenseitigen Respekt sei Frieden nicht möglich: «Die Arroganz der Macht kann nie Basis für einen Frieden sein. Ohne Achtung des andern, ohne Wiederherstellung der Würde, kann kein Friede geschlossen werden. Weder in Palästina noch anderswo.»

Thema der letzten Ansprache war die Situation der Frauen im Irak. Diese habe sich seit dem Sturz Saddam Husseins sehr verschlechtert. Übergriffe auf Frauen hätten stark zugenommen, sagte Payman Karim von der Organisation für die Freiheit der Frauen im Irak. Der Beifall für ihre Rede zeigte die solidarische Verbundenheit des Publikums mit den Menschen im Irak, die unter dem Motto «Schluss mit der Besatzung!» für Frieden, Gleichberechtigung und eine selbstbestimmte Zukunft kämpfen.

Trotz der ernsthaften Themen, die an der Friedenskundgebung im Mittelpunkt standen, herrschte auf dem Theaterplatz eine fröhlich-angeregte Stimmung. Dazu trugen auch das schöne Frühlingswetter und die mitreissende Musik der Bridge Pipers Jazz Band bei. Bandleader und

Friedensaktivist Laurent Vonwiller von «France-Palestine Solidarité Haut-Rhin» begrüsst die Anwesenden im Namen der Elsässer Freunde und führte durchs Programm bis zum harmonischen abendlichen Ausklang.

Aufschwung geortet

David Weber von der Basellandschaftlichen Zeitung war einer der anwesenden Journalisten, die über den Anlass in den Medien berichteten. Er führte eine Vielzahl von Interviews und verschaffte sich durch seine interessierte und offene Art einen objektiven Eindruck vom Fest. In seinem ausführlichen Artikel für die BLZ schrieb er: «Mitorganisator (und Festmoderator) Matthias Goldschmidt von der SFB freute sich über die gelungene Kundgebung, an der die Vielfältigkeit und ein reger Gedankenaustausch dominierten. Doch ein wenig mehr Leute hätte es schon haben können. Es ist schade, dass sich die Leute nur dann engagieren, wenn es irgendwo gerade knallt», meinten die Jugendlichen Jonas Jäggi und Niels Matter.

Franziska Genitsch von der Schweizerischen Friedensbewegung freute sich über den Aufschwung, den die Friedensbewegung das letzte Jahr erfahren hat. Im März 2003 demonstrierten in Bern 40 000 Menschen aus allen sozialen Schichten gegen den Irakkrieg. Nun gilt es diese Aufmerksamkeit aufrecht zu erhalten. Der Krieg im Irak oder Afghanistan ist noch nicht beendet und auch anderswo besteht akute Kriegsgefahr».

Damit war auch gesagt, dass die Aufgabe der Friedensbewegung, gegen Krieg und Militarismus aufzutreten, sich für Abrüstung und zivile Konfliktlösungen einzusetzen, die imperialistischen Machenschaften anzuprangern, viele Menschen unterschiedlicher Ansichten doch zu vereinen und zu mobilisieren, noch lange nicht erfüllt ist. «A luta continua!» sangen vor dreissig Jahren die portugiesischsprachigen Revolutionäre – der Kampf geht weiter!

«Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode»: Sharons Abzugsplan

Operation verbrannte Erde

Im April 2004 präsentierte Ariel Sharon der israelischen Öffentlichkeit einen Plan zum Abzug der israelischen Armee und der Auflösung israelischer Siedlungen in Gaza. Wie passt dieser friedlich anmutende Plan zum Blutbad im Rahmen der «Operation Regenbogen» Ende Mai in Rafah?

Von Claudia Haydt

Ein Referendum bei Mitgliedern der Likudpartei ergab keine Mehrheit für Sharons Abzugsplan aus Gaza. Damit ist dieser Plan längst noch nicht irrelevant. Nicht nur weil linke Gruppierungen nun in Israel für diesen Plan auf die Strasse gehen, nicht nur weil es internationalen Druck gibt sondern auch und vor allem weil dieser Abzug eine militärische und ökonomische Notwendigkeit ist. «Israel muss sich um jeden Preis aus Gaza zurückziehen und zumindest die Landreserven, die in israelischer Hand sind, freigeben»^[1], analysiert der Militärbericht-erstatte Ze’ev Schiff den «Sumpf» von Gaza. Da Sharons Plan mittelfristig in der vorgelegten oder in einer modifizierten Form umgesetzt wird, lohnt es sich, seine Details etwas genauer zu betrachten.

Sharons Plan sieht vor, israelische zivile und militärische Infrastruktur aus Gaza zu entfernen – und entsprechend des Diskussionsstandes Ende Mai 2004 – die Wohngebäude der Siedlungen vor Übergabe des Geländes an die Palästinenser eibebnen zu lassen. Nicht zurückgegeben wird die Grenze des Gazastreifens, besonders die nach Ägypten wird (wie heute auch), von der israelischen Armee kontrolliert werden. Die im Plan angedeutete «physische Vergrößerung»^[2] des Grenzstreifens zu Ägypten, die so genannten «Philadelphia-Route», wird durch die Zerstörung von mehr als 130 Häusern^[3] im Rahmen der «Operation Regenbogen» vorbereitet.

Ebenfalls unter israelischer Kontrolle bleiben soll der Luftraum über Gaza und das Meer vor Gaza. Einen Flughafen und eine internationalen Seehafen wird es bis auf weiteres nicht geben. Lediglich «später», abhängig von der Sicherheitslage «wird Israel bereit sein die Möglichkeit ... zu prüfen.» Dem israelischen Militär wird das Recht vorbehalten jederzeit «vorbeugende Schritte» gegen mögliche Bedrohungen aus dem Gazastreifen zu ergreifen. Das heisst, das Militär behält auch nach seinem Abzug jederzeit vollkommene Aktionsfreiheit und für die Bevölkerung Gazas bleibt Sicherheit vor israelischen F-16 Bombern, Kampffubschrauben oder Panzern ein Wunschtraum.

In der Westbank – bei Sharon heisst das Gebiet Judäa und Samaria – sieht er lediglich den Rückzug aus vier kleineren exponierten jüdischen Siedlungen in der Nachbarschaft von Jenin vor. Von zu räumenden Siedlungsaussenposten findet sich kein Wort. Erleichterungen für das Alltagsleben der Bevölkerung der Westbank werden lediglich vage angedeutet: «Israel wird eine Reduzierung (nicht: Beendigung!) seiner Aktivitäten in palästinensischen Städten in Erwägung(!) ziehen.» und «Israel wird darauf hin arbeiten, die Anzahl der Checkpoints in Judäa und Samaria zu reduzieren(!)» und natürlich behält sich das Militär auch in der Westbank – dort wo es abgezogen ist – jederzeit «vorbeugende Schritte» gegen «Bedrohungen» vor. Alle anderen Siedlungen in der Westbank sollen bestehen bleiben. Konsequenterweise gehört zu Sharons Plan die Fortsetzung des Baus des «Sicherheitszauns» und damit die Zementierung der Landnahme zentraler Teile der Westbank.

Die Vorteile dieses Planes auch für die Hardliner in der israelischen Regierung werden deutlich benannt. Wa-

rum Ressourcen verschwenden für eine Region, die in keinem Fall dauerhaft zu Israel gehören wird? «In jeder zukünftigen Vereinbarung wird es keine israelischen Siedlungen im Gazastreifen geben.» Ein Abzug wird darüber hinaus weitere positive Nebeneffekte haben: «Spannungen mit der palästinensischen Bevölkerung werden reduziert» und «die Verantwortung für die Palästinenser im Gaza-Streifen», die eine Besatzungsmacht aufgrund internationalen Rechts gegenüber der besetzten Bevölkerung hat, wird «vermieden».



Zerstörung in Rafah nach Operation «Regenbogen» – Ratlosigkeit und Trauer inmitten der Trümmer. Foto AFP/Khatib

Das verringert den militärischen und ökonomischen Aufwand deutlich – ebenso wie den diplomatischen Druck.

Kein Abzug ohne «Sieg»

Wenn die israelischen Truppen entsprechend Sharons Plan bis Ende 2005 aus dem Gazastreifen abziehen, dann nur als «Sieger». Den Rückzug israelischer Truppen aus dem Libanon feierte die Hisbollah als Sieg – einen vergleichbaren Triumph soll und darf die Hamas im Gazastreifen nicht haben, diese Meinung wird bis weit hinein ins israelische mitte-links Spektrum vertreten. Die völkerrechtswidrige gezielte Liquidierung von Scheich Ahmad Jassin, Abd al-Asis al-Rantissi sowie die Jagd auf «Extremisten» im Rahmen der «Operation Regenbogen» sind Teil des Versuchs die Hamas «zu besiegen». Dass eine wirkliche Auslöschung der Hamas als politischer Faktor nicht funktioniert, das wissen wohl auch die israelischen Armee- und Regierungsverantwortlichen, aber für sie ist es bereits ein Sieg wenn es keine allgemein bekannten Integrationsfiguren gibt, die nach einem israelischen Abzug diesen den Medien gegenüber als Sieg kommentieren könnten. Eine weitere Hoffnung ist wohl, die Hamas so zu fragmentieren, dass sie auf absehbare Zeit mit internen Problemen beschäftigt ist und deswegen politisch nicht mehr ernst zu nehmen sein wird. «Terror braucht keine Hamasführer»^[4] – darauf weisen besonnene israelische Kommentatoren hin, auch darauf, dass Hamas – ob man es nun will oder nicht schlicht ein wesentlicher politischer Faktor ist und dass es «Keine Chance für einen Frieden (gibt) ohne die Zustimmung von Hamas.»^[5]

Das Abzugsdilemma ist ein Ergebnis der Unwilligkeit der israelischen

Regierung zu bilateralen Verhandlungen. «Es gibt keinen palästinensischen Partner» konstatiert Sharon in seinem Plan. Folglich soll der militärisch und finanziell längst überfällige Abzug aus Gaza nicht im Rahmen einer bilateralen Übereinkunft, sondern als «unilateraler» Schritt durchgeführt werden. In gewisser Weise ist diese Analyse zutreffend, es gibt tatsächlich keine ernstzunehmenden Verhandlungspartner auf der palästinensischen Seite, die sich auf die von Sharon genannten Rahmenbedingungen als Verhandlungsergebnis einlassen würden. Offensichtlich spielt Sharon auf Zeit und sein Plan ist, den von ihm und seine Strategen angenommenen minimale Preis dafür zu zahlen, dass der internationale Druck

wie die internationalen Reaktionen ausfallen. Das UN-Sicherheitsrats-Votum gegen die Häuserzerstörungen in Rafah wurde – bei Enthaltung des US-Vertreters – verabschiedet und von der israelischen Regierung und Armeeführung schlicht ignoriert. «Die Verurteilung durch die Welt wird mit Gleichgültigkeit entgegengenommen und diese Gleichgültigkeit wird verstärkt dadurch, dass ähnliche und schlimmere Fehltritte auch den Amerikanern im Irak passieren.»^[6]

Wer immer noch einen Beweis gebraucht hat, dass eine unilaterale Weltordnung nicht funktionieren kann – zumindest nicht als Rechtsordnung – der muss nun lediglich den Nahen und Mittleren Osten betrachten. Die US-Regierung hat durch das Verhalten ihrer Militärs im Irak – von Folter in den Gefängnissen bis zum Massaker an einer Hochzeitsgesellschaft – jegliche moralische Autorität verloren. Hinzu kommt, dass die

Europäische Kommission fertig ausgearbeitete Pläne zur Ausweitung der ökonomischen Zusammenarbeit in der Schublade – ohne jegliche Auflage z.B. bezüglich der Einhaltung von internationalem Recht oder der Deklaration von Produkten aus den besetzten Gebieten. Kriterien für eine engere Zusammenarbeit wurden zwar durchaus diskutiert, aber aus Angst dass die Kooperation daran scheitern könne, wieder gestrichen. Bei solchen Rahmenbedingungen kann wohl niemand erwarten, dass Mahnungen von Seiten der EU wirklich ernst genommen werden.

Ein Abzug ist kein Frieden und kein Frieden ohne Abzug

Wenn der Abzugsplan umgesetzt wird, dann ist dies leider noch lange keine entscheidender Schritt Richtung Frieden – auch wenn die Regierungen von Israel und den USA genauso wie die EU dies als solchen verkaufen werden. Denn ein Abzug bedeutet keine Sicherheit für die Bevölkerung in der Region – weder für die israelische noch für die palästinensische. Wenn die sozioökonomischen Bedingungen für 1,4 Millionen Palästinensern, die in völlig beengten Verhältnissen in Gazas Flüchtlingslagern leben, sich nicht verbessern, dann wird Ze’ev Schiffs Analyse wohl noch lange Gültigkeit haben: «Armut und Verzweiflung sind ein Treibhaus für Terrorismus.»^[7]

Aussöhnung zwischen den Menschen in Israel und Palästina ist bitter nötig – unter den Bedingungen dauerhafter Entrechtung und fortdauernden Elends der palästinensischen Bevölkerung aber kaum denkbar. Der israelische Abzug ist eine wichtige Voraussetzung für Frieden. Er darf aber nicht nur der Effektivierung der Besatzung dienen. Der Abzug muss Bedingungen schaffen, die Perspektiven eröffnen, in Richtung politischer Selbstbestimmung genauso wie für ökonomische Entwicklung. Unter den von Sharon vorgesehenen Rahmenbedingungen ist beides nicht möglich. Geschlossene Grenzen, Kontrolle der Ressourcen (Wasser!) durch Israel, ständige Invasionsgefahr sowie eine Fortdauer der nahezu vollständigen Besatzung der West Bank, all das ermöglicht bestenfalls kurzfristige Befriedung – Frieden entsteht so nicht.

Anmerkungen:

- [1] Ze’ev Schiff, «Let’s not get mired in Gaza», Ha’aretz, 21.05.2004.
- [2] Alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus dem «Disengagement Plan» den Sharon im April 2004 der israelischen Öffentlichkeit präsentierte.
- [3] vgl.: www.btsalem.org .
- [4] Danny Rubinstein, Ha’aretz, 11.9.2003.
- [5] Crooke zit. bei Arnon Regular, Haaretz 28.1.2004.
- [6] Schiff, a.a.O.
- [7] ebd.

Mit freundlicher Genehmigung der Autorin. Quelle: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., IMI-Analyse 2004/016 – in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (Juni 2004), <http://www.imi-online.de>



soweit nachlässt, dass in den nächsten Jahren keine Verhandlungen mit der palästinensischen Seite mehr stattfinden.

Damit das von dem Machtpolitiker Sharon favorisierte «Spiel auf Zeit» funktioniert, sind mindestens vier Voraussetzungen nötig:

- ein Besatzungsregime, das mit deutlich weniger militärischem Aufwand als zur Zeit betrieben werden kann – also Grenzsicherung anstelle von Besetzung des ganzen Territoriums;
- die Zerschlagung und Destabilisierung palästinensischer politischer Strukturen (das ist erreicht, wenn die wichtigsten Integrationspersonen entweder tot oder im Gefängnis oder wenigstens international geächtet sind);
- eine internationale diplomatische Absicherung des Vorgehens der israelischen Regierung – der Briefwechsel zwischen Sharon und Bush im April diente genau diesem Zweck – auch eine NATO-Truppe zur «Stabilisierung» in Gaza, könnte gut in dieses Szenario passen;
- Rückhalt in der israelischen Bevölkerung. Dieser Rückhalt ist trotz – oder gerade wegen des ablehnenden Likud-Referendums gegeben. Das mitte-links Spektrum geht für Sharons Plan auf die Strasse und die Hardliner freuen sich über Sharons harten Kurs im Rahmen der Operation Regenbogen und befürworten «danach» durchaus eine Atempause für ihre Soldaten.

Der Nahe und Mittlere Osten als Spielball

In einer so festgefahren Situation wie der zwischen Israelischer Regierung auf der einen und Palästinensischer Autonomiebehörde auf der anderen Seite ist es von zentraler Bedeutung

Bush-Administration momentan so in der Defensive ist, dass sie es sich kaum leisten kann, ihren einzigen verlässlichen Verbündeten in der Region zu verprellen. Ein neutraler Vermittler im Nahen Osten, das waren übrigens weder George W. Bush noch seine Vorgänger zu irgendeiner Zeit. Allein die bis heute 70 Vetos der US-Vertreter im Sicherheitsrat zu Gunsten von Israel sprechen eine eindeutige Sprache.

Der Briefwechsel zwischen George W. Bush und Ariel Sharon in Rahmen von Sharons USA-Besuch im April 2004 hat der Kumpanei zwischen US- und israelische Regierung noch eine neue Qualität gegeben: Bush erklärte dabei unter anderem, dass die Fakten, die durch (illegale!) israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten geschaffen wurden, bei einer Friedenslösung mit berücksichtigt werden sollten und dass das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr nur in die West-Bank und nach Gaza gelten solle.

Diese so genannte «Wende in der Nahostpolitik» war wohl eher eine konsequente – wenn auch erstaunlich offene – Fortführung der bisherigen Politik. Noch mehr als zuvor sind US-Regierung und Israelische Regierung auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen.

Bush und Sharon – beide innen- und aussenpolitisch extrem unter Druck – haben sich offensichtlich von längerfristiger konzeptioneller Politik verabschiedet und versuchen nur noch sich kurzfristig Luft verschaffen und auf Zeit zu spielen.

Und wo bleibt die EU? Ihr hoher Repräsentant Solana wies freundlich, bestimmt und ohne jegliche Konsequenz darauf hin, dass die Zerstörung von Häusern dem Geist der Road Map widerspreche. Gleichzeitig hat die

Mit Referenden zu stoppen

Die Europäische Union auf dem Weg zur Militärmacht

Die Transformation der Europäischen Union von einer Wirtschaftsmacht zu einer Wirtschafts- und Militärmacht wird mit grossen Schritten vorangetrieben.

Von Tobias Pflüger

Zu den schon seit längerem bestehenden multinationalen Korps (Eurokorps, deutsch-niederländisches Korps, deutsch-dänisch-polnische Korps, Eufor, Euromarfor etc.) werden folgende drei weitere Säulen der neuen Militärmacht EU treten: Erstens wird die EU-Interventions-truppe mit 60 000 bis 80 000 Mann und Frau im Laufe dieses Jahres ein-satzfähig sein, zweitens wurden so ge-nannte «Battle Groups» der EU initi-iert, das sind sofort einsatzfähige Elitetruppen mit jeweils 1.500 Soldaten, gestellt von den drei Gros-sen in der EU, Deutschland, Frank-reich und Grossbritannien und es wird die Oligopolisierung der europäi-schen Kriegswaffenindustrie weiter forciert, durchaus, so das Handels-blatt, in Konkurrenz zur US-Rüs-tungsindustrie.

Die militärische Komponente der EU wird nun in den USA – so ein Strategiepapier des Pentagon – erst-mals ernstgenommen und teilweise auch als das verstanden, was sie eben auch (nicht nur) ist – eine Konkur-renzveranstaltung.

Die Strategie hinter diesen Militär-strukturen der EU ist beim Gipfel in Brüssel, bei dem die EU-Verfassung vorläufig gescheitert war, von den EU-Regierungschefs – zur Verwunde-rung politische Beobachter und Ak-teure wie Gerhard Schröder – einstim-mig angenommen worden. Diese so genannte «European Security Strategy» (ESS) ist von der Grundanalyse an die «National Security Strategy» (NSS) der USA angelehnt. Eine Ana-lyse des Planungsstabes des Auswärti-gen Amtes will denn auch keine wes-entlichen Unterschiede erkennen: «Vergleicht man die beiden Strategien miteinander, so fällt vor allem auf, dass die USA und die EU in vielen Punkten ihrer Analyse übereinstim-men und davon ausgehend die glei-chen strategischen Ansätze verfol-gen.» In der ESS finden sich auch sol-che Sätze wie «in Zukunft werden die Verteidigungslinien oftmals im Aus-land verlaufen».

Eigene Rüstungsagentur

Die geplante EU-Verfassung beinhal-tet bekanntlich eine Aufrüstungs-verpflichtung (Art I-40,3) «Die Mit-gliedstaaten verpflichten sich ihre mi-litärischen Fähigkeiten regelmässig zu verbessern», schreibt de facto Kampfeinsätze der EU fest und legt fest, dass in Zukunft der Ministerrat über Militäreinsätze entscheidet. Im Kern ist die geplante EU-Verfassung eine Militärverfassung, schliesslich schreibt auch die EU-Kommission: «Der Konvent hat die Bestimmungen zum aussenpolitischen Handeln der Union und zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im De-tail untersucht. Er hat Entwürfe für Artikel vorgelegt, die de facto eine völlige Neufassung darstellen. Bei den übrigen Politikbereichen hat sich der Konvent darauf beschränkt, die Bestimmungen im aktuellen EG-Ver-trag mit einigen punktuellen Ände-rungen zu übernehmen.»

Die EU hat inzwischen das «Euro-päische Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten» auf den Weg gebracht. Dieses Amt soll die Rüstungsanstrengungen kontrollieren und diese zum Teil selbst durchfüh-ren! Es wurde auch festgeschrieben in

der neuen EU-Militärstrategie: «Die laufenden Massnahmen – vor allem die Einrichtung einer Rüstungsagen-tur – führen uns in die richtige Rich-tung».

Referendumsfähig

Beim EU-Gipfel am 17. und 18. Juni (nach Redaktionsschluss) werden die EU-Regierungschefs die EU-Verfas-

liche Referenden über die EU-Verfas-sung stattfinden werden, z.B. in Ir-land. Sollten ein oder mehrere Staat(en) (mit dem dort vorgeschrie-ben Verfahren) endgültig nicht zu-stimmen, müsste nach den sonst gel-tenden Regelungen das Einstim-migkeitsprinzip greifen und die EU-Verfassung wäre eigentlich geschei-tert, allerdings gibt es eine Bestim-mung, dass sich dann der Rat der EU über das weitere Verfahren verständi-gen muss. Politischer Druck ist also dringend vonnöten.



Karikatur: Rainer Hachfeld, ND

USA vor Wiedereinführung der Wehrpflicht

Mehr Kanonenfutter

Von Rainer Rupp

Das Personalproblem der US-Streit-kräfte im Irak beginnt krisenhafte Züge anzunehmen. Nicht genug, dass die erhoffte Unterstützung der Ver-bündeten mit Kanonenfutter ausge-blieben ist, auch die Ausbildung der irakischen Hilfstruppen für die US-Armee hat sich schwieriger erwiesen als erwartet, insbesondere weil die Iraker nicht auf US-Befehl gegen Ira-ker kämpfen wollen und nach been-deter Ausbildung lieber desertieren. Zugleich tun sich überall Löcher auf, welche die US-Generäle mit den zur Neige gehenden eigenen Reserven nicht mehr stopfen können. Darüber hinaus fürchten US-Strategen, dass mit dem herannahenden 30. Juni, dem Tag der so genannten «Machtüber-gabe» an eine «souveräne» irakische Regierung, es zu bürgerkriegsähnli-chen Machtkämpfen kommen und dies von Widerstandgruppen verstärkt zu Angriffen gegen US-Soldaten ge-nützt werden könnte. Um einer sol-chen Entwicklung vorzubeugen, be-nötigen die US-Generäle mehr Sol-daten, die aber offensichtlich kaum noch verfügbar sind.

Von den noch Ende letzten Jahres gemachten Ankündigungen der Bush-Regierung, bis Mitte 2004 die Zahl der US-Truppen im Irak auf etwa 30 000 zu reduzieren, spricht heute nie-mand mehr. Statt dessen fordern die amerikanischen Generäle mehr Trup-pen. Die dünne Personaldecke ist heu-te bis zum Zerreißen gespannt. Die Kapazitäten der Nationalgarde und der Reserve sind fast erschöpft. Ihre Einheiten füllen bereits jetzt überall die gefährlichsten Löcher. Aber an-gesichts der zunehmenden Effizienz des irakischen Widerstandes vermeh-ren sich diese Löcher und werden grösser. Daher sahen sich US-Generä-

Doch wichtig ist, dass die EU-Ver-fassung im Grunde genommen eben nicht mehr aber auch nicht weniger ist als eine Institutionalisierung der Militarisierung der EU. Die Milita-risierung selbst wird auch unabhängig von der EU-Verfassung – vor allem von der deutschen und französischen Regierung – weiter betrieben.

Für die französische Militärmini-sterin, Michele Alliot-Marie, ist die Militärzusammenarbeit zum Schlüs-selelement des europäischen Ein-i-gungsprozesses geworden. In einem Interview mit der FAZ (05.02.2004) stellt sie fest: «Die Irak-Krise hat die Verteidigungszusammenarbeit in der EU nicht zurückgeworfen, das Gegen-teil ist der Fall. Die Verteidigung ist ein Schlüsselement des europäi-schen Einigungsprozesses geworden. Sie kommt schneller voran als damals die Währungsunion.»

In seiner Eröffnungsrede zur Han-novermesse 2003 hat der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder den Zusammenhang hergestellt zwischen dieser Aufrüstungspolitik und dem sozialen Kahlschlag in Deutschland. Er begründete die Notwendigkeit der Agenda 2010 damit, dass «Deutsch-land seine Rolle in Europa und damit Europa seine Rolle in der Welt ... spie-len will und soll.» Man müsse das «Land ökonomisch in Stand setzen, auch die Kraft zu haben und sie die-sem Europa zur Verfügung zu stellen, um diese Rolle realisieren zu kön-nen.»

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaft-ler, Vorstandsmitglied der Informations-stelle Militarisierung (IMI) e.V. und Mit-glied der Redaktion von Wissenschaft und Frieden. Abdruck mit freundlicher Geneh-migung des Autors. Quelle: IMI-Stand-punkt 2004/033, <http://www.imi-online.de>

le inzwischen wiederholt gezwungen, ihr Versprechen zurück zu nehmen. Statt nach vollendeter «Tour» von ei-nem Jahr im Kampfgebiet zur Erho-lung nach Hause zu geschickt zu wer-den, müssen die US-Soldaten in ihren Stellungen bleiben. Letzten Monat mussten auf diese Weise 20 000 US-Soldaten auf die versprochene Rotati-on verzichten, was nicht gerade zur Stärkung der Moral der Soldaten bei-trägt.

Mit Zwangsmassnahmen zu mehr Soldaten?

Kürzlich hat nun die Bush-Regierung angekündigt, über 10 Prozent ihrer insgesamt 37 000 im Süd Korea stati-onierten Soldaten nach Irak zu verlegen. Zugleich wurde bekannt, dass das Pentagon mit der Einberufung der «Individual Ready Reserves» (IRR) beginnen will, die theoretisch ein Re-serve von etwa 118 000 Mann um-fasst. Die IRR besteht aus ehemaligen Berufssoldaten, die bereits vor Jahren aus der Armee ausgeschieden sind, deren 8 Jahre dauernde Reservever-pflichtung aber noch nicht ganz abge-laufen ist. Berichten zufolge hält es selbst das Pentagon für unwahr-scheinlich, dass ohne Zwangsmass-nahmen auch nur ein Teil des IRR-Po-tentials mobilisiert werden kann.

Aber auch dazu ist man offensicht-lich bereit, was die verfahrenere Lage beleuchtet, in der sich die US-Generä-le derzeit befinden. Zugleich stellt der Versuch das IRR-Potential zu mobili-sieren eine bedeutende Vorwarnung dar, denn es ist die letzte Option des Militärs vor der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, um an zusätzliches Kanonenfutter zu kom-men. Zur Wiedereinführung der Wehrpflicht jedoch laufen im Penta-gon bereits seit Monaten die büokra-tischen Vorbereitungen.

In Kürze

Geschönigte Terrorismus-Zahlen

Die Bush-Regierung hat sich ein wei-teres Mal bis auf die Knochen bla-miert. Sie musste inzwischen einge-standen, dass seit Beginn ihres «welt-weiten Krieges gegen den Terror» der weltweite Terrorismus zugenommen und nicht – wie sie in ihrem am 29. April mit grossen Fanfaren veröffent-lichten Jahresbericht behauptet hatte – abgenommen hat.

Derzeit ist man im US-Aussen-ministerium, das verantwortlich für die Herausgabe des Bericht mit dem Titel: «Muster des weltweiten Terro-rismus» war, dabei, gewisse Passagen umzuschreiben. Vertreter des Ministe-riums haben bereits eingestanden, «dass die Zahl der tödlichen Terroran-griffe im Jahre 2003 untertrieben, der Bericht ungenau und zudem von der Bush-Administration zu politischen Zwecken manipuliert worden ist», – so die Los Angeles Times.

Bei der Veröffentlichung des Be-richts Ende April hatten hochrangige Vertreter der Bush-Regierung ihn als «objektiven Beweis» dafür gewertet, «dass wir (im Kampf gegen den glo-balen Terrorismus) gewinnen», so z.B. der stellvertretende US-Aussen-minister Richard L. Armitage. Aber schon bald hatten sich Zweifel einge-stellt, ob – ähnlich wie bei anderen Publikationen der Bush-Administ-ration – die im Bericht verwendeten Zah-len nicht manipuliert waren, um die vom Weissen Haus gewünschten Er-gebnisse zu liefern. Bereits am 17. Mai hatte der demokratische Kon-gressabgeordnete Henry A. Waxman einen Brief an US-Aussenminister Powell geschrieben und ihm vorge-worfen, dass «diese Manipulation zwar die politischen Interessen dieser Regierung sehr gut bedienen mag, aber zugleich die Aufrichtigkeit des Berichtes ernsthaft in Frage stellt.»

Anfang Juni gestand ein Vertreter des US-Aussenministeriums die Feh-ler im Bericht nun auch offiziell ein und kündigte für die nächste Zukunft eine überarbeitete Version an. «Die Zahlen werden anders sein. Es wird mehr Vorfälle geben», sagte er. Im ur-sprünglichen Bericht war die Zahl der weltweiten Terrorangriffe seit 2001 um 45% auf den tiefsten Stand seit 34 Jahren gefallen. In seinem Brief an Powell hatte dagegen Waxman nach-gewiesen, dass die Zahl der bedeutsa-men Terrorangriffe seit 2001 nicht zu-rück gegangen war, sondern vielmehr um über 35% zugenommen hatte. Ausserdem fügte Waxman die Analy-se zweier unabhängigen Experten bei, die auf der Grundlage von Zahlen des Aussenministeriums selbst nachwie-sen, dass die Zahl der bedeutsamen Terrorangriffe im Jahre 2003 insge-samt 190 und somit den höchsten Stand der letzten zwanzig Jahre er-reicht hatte. Eine soeben erschienene Studie des «Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses» schlägt in dieselbe Kerbe. Trotz des An-scheins von Objektivität sei der Be-richt des US-Aussenministeriums «übermässig von politischen und wirtschaftlichen Erwägungen beein-flusst». Also manipuliert.

Nach Waxman hat das globale Aus-wirkungen: «International befördert das die Erkenntnis, dass die Stimme der USA in bedeutenden Fragen des Terrorismus einfach nicht glaubwür-dig ist», heisst es in seinem Brief an Aussenminister Powell. (R. R.)

Redaktionsschluss dieser Nummer:

10. Juni 2004

Die deutsche Informations-stelle Militarisierung hat eine Kampagne gegen die vorgelegte EU-Verfassung und gegen EU-Militarisierung gestartet. Weite-re Informationen und viele Ma-terialien unter: www.imi-online.de

Buchnotiz: Rudi Friedrich / Tobias Pflüger: In welcher Ver-fassung ist Europa? Militari-sierung und Flüchtlingsabwehr. Trotzdem-Verlag, Grafenau 2004, 9 Euro



Plakat im Zentrum Havannas: «Was ein Volk verteidigt, wird bleiben». Foto vidaluz/ND

Fidel Castro liest George W. Bush die Leviten

Ideen sind mächtiger als Gewalt

Am 14. Mai 2004 versammelten sich weit über eine Million Kubanerinnen und Kubaner vor der US-amerikanischen Interessensvertretung in Havanna, um die neusten Sanktion der Bush-Administration gegen ihr Land anzuprangern. Fidel Castro richtete sich während der Kundgebung direkt an Georg W. Bush. Was er dabei sagte, dokumentieren wir nachstehend.

Von Fidel Castro Ruz

Mister George W. Bush, die eine Million Kubaner, die heute hier zusammengekommen ist, um vor Ihrer Interessenvertretung zu demonstrieren, ist nur ein kleiner Teil eines mutigen und heldenhaften Volkes, das sich uns, wäre dies möglich, auch als Ganzes angeschlossen hätte.

Diese Zusammenkunft ist keine feindselige Geste gegen das US-amerikanische Volk, dessen ethische Wurzeln uns gut bekannt sind aus der Zeit, da die ersten Einwanderer auf dieser Erdhälfte eintrafen. Auch ist es nicht unsere Absicht, die Funktionäre, die Angestellten und das Wachpersonal dieser Einrichtung zu stören, denen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben alle Sicherheit und Garantien eines gebildeten und zivilisierten Volkes zuteil werden. Es ist dies ein Akt des empörten Protestes und der Anprangerung jener erbarmungslosen und grausamen Massnahmen, die Ihre Regierung kürzlich gegen unser Land beschlossen hat.

Uns ist bereits jetzt klar, welches Bild Sie von jenen zeichnen werden, die hier heute demonstrieren. Ihnen zufolge handelt es sich um unterdrückte und nach Freiheit strebende Volksmassen, die einzig auf Befehl der Regierung Kubas auf die Strasse gingen. Sie verkennen vollkommen, dass dieses würdige und stolze Volk, das 45 Jahre der Anfeindung, der Blockade und den Aggressionen seitens der stärksten Macht der Erde getrotzt hat, sich von keiner Macht der Welt wie eine Herde behandeln lässt, jeder einzelne mit einem Strick um den Hals.

Dieses Volk trotzt seit 45 Jahren der stärksten Macht der Erde

Ein Staatsmann oder jemand, der es zu sein beabsichtigt, sollte wissen, dass die gerechten und wahrhaft menschlichen Ideen sich im Verlaufe der Geschichte als viel machtvoller erwiesen haben als die Gewalt, welche nur staubige, schmachliche Ruinen hinterlässt. Die menschlichen Ideen hingegen hinterlassen leuchtende, un-

auslöschliche Spuren. Doch der Zeit, in der wir leben, einer barbarischen, unzivilisierten und globalisierten Welt entsprechen die schlimmsten, düstersten und zweifelhaftesten Ideen.

Die Ordnung, die Sie heute der Welt aufzwingen wollen, entbehrt jeglicher Ethik und Glaubwürdigkeit, jeglichen Normen von Gerechtigkeit sowie der elementarsten Grundsätze von Solidarität und edler Gesinnung.

Alles, was in Ihrer und der Welt Ihrer Verbündeten, die sie gemeinsam unseren Planeten ausplündern, über Menschenrechte geschrieben wird, ist eine kolossale Lüge. Milliarden Menschen leiden Hunger; es fehlen ihnen ausreichend Nahrungsmittel, Medika-

dem die natürlichen Lebensbedingungen zerstört und die fossilen Brennstoffe verschwendet werden, deren Entstehung auf unserem Planeten 300 Millionen Jahre gedauert hat.

Ihren Assistenten bräuchten Sie lediglich präzise Angaben abzufordern über die in Ihren Arsenalen befindlichen Zehntausende von Kernwaffen, von chemischen und biologischen Waffen, Bombenflugzeugen, Langstrecken- und Präzisionsraketen, Zerstörern, Flugzeugträgern, konventionellen und nichtkonventionellen Waffen, die ausreichen, alles Leben auf unserem Planeten zu vernichten.

Weder Sie noch ein anderer fände angesichts dessen jemals Schlaf; auch Ihre Verbündeten nicht, die mit Ihnen wetzeln hinsichtlich der Entwicklung ihrer Arsenale. Betrachtet man das unterentwickelte Verantwortungsgefühl, das mangelnde politische Talent, das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Staaten und den kaum vorhandenen Willen, in Protokollen, bei Treffen und bei Beratungen Überprüfungskriterien für Vereinbarungen festzulegen, so können jene, in deren Händen das Schicksal der Menschheit liegt, nur wenig Hoffnung haben, wenn sie, ratlos und gleichgültig, auf jenes wahre Irrenhaus blicken, zu dem die Weltpolitik geworden ist.

Anliegen dieser Zeilen ist nicht, Sie zu beleidigen; doch da Sie nun einmal entschlossen sind, dieses Land einzuschüchtern, aufzuschrecken, um schliesslich sein sozioökonomisches System, seine Unabhängigkeit sowie, falls erforderlich, das Land als solches zu vernichten, betrachte ich es als meine elementare Pflicht, Ihnen einige Wahrheiten vor Augen zu führen.

Weder moralisch noch von Rechts wegen steht es Ihnen zu, von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten zu reden, denn Sie verfügen über genügend Macht, die Menschheit zu vernichten. Mit dieser Macht trachten Sie danach, der Welt eine Tyrannei aufzuzwingen, um gleichzeitig die Organisation der Vereinten Nationen zu ignorieren und zu zerstören, die Völkerrechte der Staaten zu verletzen, Eroberungskriege zu führen, um sich Märkte und Ressourcen der Welt anzueignen, der Welt dekadente und anachronistische politische und soziale Systeme aufzuzwingen, die die Gattung Mensch in den Abgrund führen werden.

Es gibt noch andere Gründe, aus denen sie das Wort Demokratie nicht in den Mund nehmen dürfen: Dazu gehört Ihr Amtsantritt als Staatspräsident, von dem alle Welt weiss, dass er durch Betrug zustande kam. Von Freiheit dürfen Sie nicht sprechen, denn für Sie gibt es keine andere Welt als

jene, die vom Terror der todbringenden Waffen beherrscht wird, die Ihre unerfahrene Hand auf die Menschheit loslassen kann.

Von Umwelt dürfen Sie nicht reden, denn Ihnen entgeht vollkommen, dass die Gattung Mensch Gefahr läuft zu verschwinden.

Der Tyrannei beschuldigen Sie das wirtschaftliche und politische System, welches das kubanische Volk – verglichen mit den am weitesten entwickelten Ländern der Welt – auf die höchste Stufe der Alphabetisierung, des Wissens und der Kultur geführt hat; welches die Säuglingssterblichkeit auf eine Ziffer reduziert hat, die unter derjenigen in den Vereinigten Staaten liegt und das der Bevölkerung sämtliche Leistungen des Gesundheitswesens, des Bildungswesens und anderer gesellschaftlich und menschlich bedeutender Bereiche kostenfrei zuteil werden lässt.

Lächerlich und hohl klingen Ihre Äusserungen über Menschenrechte in Kuba. Dieses, Herr Bush, ist eines der wenigen Länder auf dieser Erdhälfte, in denen es in 45 Jahren niemals Folter, keine Todesschwadron, keine aussergerichtliche Exekution, keinen Regierenden gegeben hat, der in Ausübung der Macht zum Millionär geworden wäre.

Es fehlt Ihnen an moralischer Autorität, über Kuba zu sprechen; ein Land, das einer 45 Jahre währenden brutalen Blockade, einem Wirtschaftskrieg und terroristischen Überfällen widerstanden hat, welche Tausende Menschenleben gefordert und Milliarden Dollar an wirtschaftlichem Schaden verursacht haben.

Sie nehmen Kuba gegenüber eine feindselige Haltung ein, und das aus schäbigen politischen Gründen: Weil Sie Unterstützung für Ihre Wahl bei einer schrumpfenden Gruppe von Abtrünnigen und Söldnern suchen, die weder Ethik noch Prinzipien kennen. Ihnen, Mr. Bush, fehlt die Moral, um von Terrorismus sprechen zu können, denn umgeben sind Sie von einer Mörderbande, die mit ihren kriminellen Handlungen das Leben Tausender Kubaner auf dem Gewissen haben.

Mr. Bush, Sie kämpfen für den Tod

Aus Ihrer Verachtung von Menschenleben machen Sie keinen Hehl, denn Sie haben nicht gezögert, den aussergerichtlichen Tod einer unbekannten, da geheim gehaltenen Anzahl Personen in der Welt zu befehlen.

Sie nehmen sich das Recht der nackten Gewalt, sich in die Angelegenheiten Kubas einzumischen und nach Ihrem Gutdünken den Übergang von einem System in ein anderes zu proklamieren und Massnahmen zur Umsetzung dieses Plans zu treffen. Dieses Volk kann ausgerottet werden – Sie sollen das ruhig wissen –, es kann vom Erdboden gefegt werden, doch es kann nicht unterjocht werden, um erneut in den demütigenden Status einer Neokolonie der Vereinigten Staaten herabzusinken.

Kuba kämpft für das Leben auf der Welt; Sie kämpfen für den Tod.

Während Sie mit Ihren Präventiv- und Überraschungsangriffen unzählige Menschen töten, rettet Kuba hunderttausendfach das Leben von Kindern, Müttern, Kranken und alten Menschen auf der Welt.

Das einzige, was Sie über Kuba wissen, sind die Lügen einer korrupten und unersättlichen Mafia ehemaliger Batista-Anhänger und deren Nachkommen, die Experten im Wahlbetrug und in der Lage sind, jemanden zum Präsidenten der Vereinigten Staaten zu machen, dessen erzielte Stimmen für einen Wahlsieg nicht ausreichten.

Ein System der Ungleichheit wie jenes, das Sie repräsentieren, bringt den Menschen keine Freiheit, sie können überhaupt nicht wissen, was Freiheit ist. In den Vereinigten Staaten

sind die Menschen bei ihrer Geburt nicht gleich. In den Ghettos der Menschen afrikanischer und lateinamerikanischer Abstammung und in den Reservaten der Indios, die dieses Land bevölkerten und die ausgerottet wurden, gibt es keine andere Gleichheit als jene, arm zu sein und ausgegrenzt zu werden.

Wir empfinden den US-Amerikanern gegenüber keinen Hass

Unser Volk, erzogen im Geiste der Solidarität und des Internationalismus, empfindet dem US-amerikanischen Volk gegenüber keinen Hass und möchte dessen junge Soldaten nicht sterben sehen. Es sind Weisse, Schwarze, Indios, Mestizen, Lateinamerikaner, häufig durch Arbeitslosigkeit dazu gebracht, in Militäreinheiten zu kämpfen und zu Präventivschlägen oder in Eroberungskriege irgendwohin auf der Welt geschickt zu werden.

Meine Absicht ist es nicht, Sie mit diesen Zeilen zu beleidigen, ich sagte es bereits. Mein Bestreben ist es lediglich, dass irgendeiner Ihrer Assistenten, wenn Sie einmal einen Augenblick Zeit haben, Ihnen diese Wahrheiten unterbreitet, auch wenn Sie Ihnen partout nicht genehm sind.

Da Sie nun entschieden haben, dass die Würfel gegen uns gefallen sind, möchte ich mich von Ihnen verabschieden mit den Worten der römischen Gladiatoren, die zum Kampf die Arena betreten: Heil dir, Cäsar; die Todgeweihten grüssen dich.

Ich bedauere nur, dass ich dabei nicht einmal Ihr Gesicht sehen kann, denn in diesem Falle werden Sie Tausende Kilometer entfernt sein, und ich werde an vorderster Front stehen, um bei der Verteidigung meiner Heimat kämpfend zu fallen.

(Übersetzung «Granma Internacional», bearbeitet durch UZ)

In Kürze

Erleichterungen für Exilkubaner



Exilkubaner in Havanna. Foto «Granma»

Zum Abschluss einer dreitägigen Konferenz gemässigter Exilkubaner in Havanna gab Kubas Regierung Erleichterungen für die im Ausland lebenden Landsleute bekannt.

So benötigen Auslandskubaner künftig keine Sondergenehmigung mehr für die Einreise nach Kuba und ihre Kinder können ab 1. Juni Stipendien für kostenlose Universitätsstudien auf Kuba erhalten.

Zu Beginn der Konferenz «Die Nation und die Emigration», an welcher mehr als 500 Auslandskubaner aus 49 Ländern, grösstenteils aus den USA, teilnahmen, gab die kubanische Regierung zudem sieben früheren Mitgliedern einer an der Schweinebucht von 1961 beteiligten Brigade zum Sturz von Fidel Castro die kubanische Staatsangehörigkeit zurück, welche ihnen 1962 aberkannt worden war. Die sieben Männer hätten sich innerhalb der kubanischen Emigration für einen Dialog mit Havanna stark gemacht, hiess es zur Begründung der Passrückgabe.

Amtlichen kubanischen Angaben zufolge leben etwa 1,5 Millionen Kubanerinnen und Kubaner im Ausland, davon 1,3 Millionen in den USA.

Gespräch mit einer aussergewöhnlichen Kubanerin

Den Frieden lieben – die Solidarität leben

Die Kette der diplomatischen Vertreter des revolutionären Kuba in der Schweiz ist mit der neuen Botschafterin Ana Maria Rovira Ingidua um ein spannendes Glied länger geworden.

Von Martin Schwander

Bereits in der Vergangenheit pflegte Havanna Diplomatinen und Diplomaten nach Bern zu schicken, deren Biographien eng mit dem Befreiungskampf des eigenen oder jenem anderer Völker verbunden war – von Americo Cruz, dem Rechtsbeistand von Fidel Castro unter Batista, über Marta Jimenez Rodriguez, der Apothekerin, die sich dem städtischen Untergrund angeschlossen hatte, bis zu José Lopez Sanchez, dem Arzt und ehemaligen Spanienkämpfer, um nur diese drei zu nennen.

Von Polen nach Kuba

Was das bewegte Leben anbelangt, so macht Frau Rovira in dieser illustren Reihe keine Ausnahme. Und doch: Geboren ist sie nämlich nicht als Kubanerin, sondern als Tochter spanischer Staatsbürger im französischen Exil in Toulouse. Beide Eltern waren aktiv an der Verteidigung der spanischen Republik gegen die Faschisten Francos beteiligt, kämpften später im französischen Untergrund gegen die deutsche Besatzung und liessen sich nach der Niederlage des Faschismus in Frankreich nieder. «Der Blutzoll meiner Familie war furchtbar», unterstreicht Ana Maria Rovira rückblickend. «Sämtliche meiner sechs Schwestern sind im Bürgerkrieg oder im Zweiten Weltkrieg gefallen.» Ihr Vater, Stabsarzt und Politikommissar des legendären «Fünften Regiments» von General Lister und später Oberleutnant der französischen Armee, wurde während des aufkeimenden Kalten Krieges 1951 von seinem Arbeitsplatz in einem Toulouser Spital weg nach Korsika deportiert und fand wenig später mit Frau und Tochter ein zweites Exil im jungen Volkspolen. Dort schliesslich wuchs Ana Maria auf und absolvierte die polnische Schulbildung bis zum Abitur.

«1964 beschlossen meine Eltern eine weitere Emigration – nach Kuba», erklärt Frau Rovira ihren Weg zur neuen kubanischen Heimat. Es war die Zeit des Aderlasses von Fachkräften, die mit allen Mitteln von Kuba in die USA weggelockt wurden. Weil sich darunter insbesondere auch Tausende von Ärzten befanden, entschied sich Ana Marias Vater, seine beruflichen Fähigkeiten in den Dienst des kubanischen Volkes zu stellen. Zwar war die damals 18jährige auch in Polen dank der spanischen Exilgemeinde ihrer eigenen Kultur nie entfremdet gewesen, doch Kuba wurde zu einer grundlegend neuen Erfahrung. «Zu Beginn meines Studiums an der Universität von Havanna» – Ana Maria studierte Philosophie und Literatur – «musste ich enorm viele Lücken füllen. Aber meine kubanischen Studienkollegen haben mich dabei stark unterstützt.»

Als ausländische Fachkräfte genossen die Roviras in Kuba zunächst gewisse Privilegien. An den ersten Schritt der vollständigen Integration in den kubanischen Alltag kann sich Ana Maria sehr gut erinnern: «Einmal mussten meine Mitstudenten für einige Wochen in die Landwirtschaft und ich kam nach Hause und erklärte meinem Vater freudig, ich hätte während dieser Zeit frei. Er ging noch gleichentags ins zuständige Ministerium und beantragte, ihn und seine Familie vom privilegierten Status des ausländischen Technikers zu entbinden.» Damit hiess es auch für Ana Maria,

zeitweise den Griffel mit der «Machete» zu ersetzen.

Von Kuba nach Polen

Nach Studienabschluss fand Frau Rovira zuerst eine Anstellung am Institut für Literatur und Linguistik der Akademie der Wissenschaften. «1974 trat ich als Funktionärin ins kubanische Aussenministerium ein. 1976 schliesslich erhielt ich die Staatsbürgerschaft jenes Landes, zu dessen Teil ich geworden war.» 1992 ernannte der Staatsrat Ana Maria Rovira, die noch heute fliessend Polnisch und Russisch spricht und liest, zur Botschafterin Kubas in Polen und Weissrussland, einen Posten, den sie bis 1997 innehatte. Nach einigen Jahren als Personalchefin des Aussenministeriums in Havanna vertritt sie seit April 2004 nun bereits als vierte Frau ihr Land in der Schweizerischen Eidgenossenschaft.



Ana Maria Rovira Ingidua, Botschafterin der Republik Kuba in der Schweiz. Foto Schwander

Schweiz-Kuba: Ausbaufähige Handelsbeziehungen

«Beziehungen zwischen Kuba und der Schweiz bestehen seit 1902», unterstreicht Botschafterin Rovira. «Sie gründen sich auf gegenseitigen Respekt und entwickeln sich nicht nur auf diplomatischem Gebiet positiv, sondern auch was Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur und die Kooperation anbelangt.» Zu letzterer hebt Frau Rovira insbesondere das Programm hervor, welches vom Eidgenössischen Departement für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) bezüglich der langfristigen bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der sozialen, technischen und wissenschaftlichen Entwicklung verabschiedet worden ist. «Auch die kürzliche Gründung einer schweizerisch-kubanischen Handels- und Industriekammer eröffnet neue Möglichkeiten», gibt sich Frau Rovira überzeugt. Sie ortet wachsendes Interesse der hiesigen Geschäftswelt, mit kubanischen Partnern zu vertieften Beziehungen zu gelangen und erinnert an die Verbindungen, die bereits zu Firmen wie Nestlé, Novartis oder Holcim, der früheren «Holderbank» bestünden. «Was den Tourismus nach Kuba anbelangt, so nahm die Schweiz im vergangenen Jahr den 11. Platz unter den europäischen Ländern ein.»

Besonders unterstreichen möchte Frau Rovira die guten Bande, welche Kuba mit der schweizerischen NGO mediCuba vereinen. «Diese Organisa-

tion unterhält in Kuba verschiedene Projekte zur Förderung der medizinischen Betreuung, für die Ausrüstung von Gesundheitszentren und zur Beschaffung von Rohstoffen für die Pharma-Industrie.» Beziehungen unterhalte Kuba auch zu andern NGO's, wie etwa zu Caritas, zur Schweizerischen Friedensbewegung oder zum Kinderhilfswerk Camaquito. «Speziell zu erwähnen und zu verdanken ist die Solidaritätsarbeit mit Kuba, die von verschiedenen Organisationen geleistet wird, insbesondere von der Vereinigung Schweiz-Kuba», unterstreicht die kubanische Diplomatin, die auch auf «die unzähligen Zeichen der Wertschätzung und des Respekts» hinweist, die von Schweizer Bürgern gegenüber ihrem Volk und ihrer Regierung geäussert würden.

«Die politisch-diplomatischen Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern werden von uns als positiv eingeschätzt», hebt Ana Maria Rovira hervor. «Es darf nicht vergessen werden, dass die Schweiz auf diplomatischem Gebiet sowohl unsere Interessen in Washington wie auch jene der USA in Havanna vertritt.» Die kubanischen Botschafterin erinnert daran, dass die Schweiz im Jahr 2002 in der UNO zu jenen 178 Ländern gehörte, die für die Aufhebung der kriminellen Wirtschaftsblockade der USA gegenüber Kuba gestimmt haben. «Ande-

rerseits war die Schweiz in ihrer Rolle als Beobachterin Co-Sponsorin der aus den USA stammenden antikubanischen Resolution, welche Honduras im vergangenen April vor die 60. Tagung der Menschenrechtskommission in Genf gebracht hatte...»

Verbrecherische Wirtschaftsblockade

Auf einem Tiefstand angekommen sind die Beziehungen Kubas zum grossmächtigen und arrogante Nachbarn im Norden. «Seit Beginn unserer Revolution haben die jeweiligen US-Regierungen mit allen Mitteln versucht, unsere Heimat zu zerstören, uns unserer Souveränität und Unabhängigkeit zu berauben», sagt Frau Rovira. «Seit über 45 Jahren wird Kuba in Wirtschaft, Handel und Finanzen auf grausame Weise blockiert. Wir schätzen den angelaufenen Schaden auf etwa 72 Milliarden Dollar.» Sie erinnert an die acht hauptsächlichen Achsen dieser von den USA aufgezwungen Blockade:

1. Kuba darf nicht nach den USA exportieren
2. Kuba darf ausser gewissen Nahrungsmitteln nichts aus den USA importieren, und auch dies nur unter diskriminierenden Bedingungen: Die Zahlung hat bar zu erfolgen; die entsprechenden US-Firmen benötigen eine spezielle Lizenz; die Ware darf nicht durch kubanische Schiffe transportiert werden.

3. US-Bürger dürfen nicht nach Kuba reisen und müssen bei einer Umgehung dieses Verbotes mit hohen Strafen rechnen (bis zu zehn Jahren Gefängnis und Bussen bis zu einer Million Dollar für Unternehmungen und bis zu 250 000 Dollar für Individuen).

4. Kuba darf in seinen Transaktionen keine Dollar verwenden. So wurde der UBS von der US-Zentralbank kürzlich eine Strafe von 100 Millionen Dollar aufgebrummt, weil sie Dollartransfers u.a. nach Kuba gestattet hatte (die UBS hat die Busse inzwischen anstandslos bezahlt...).

5. Kuba hat keinen Zugang zu den Internationalen Finanzorganisationen und erhält entsprechend keine Kredite der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds.

6. 1992 wurde die Blockade durch das sogenannte Toricelli-Gesetz massiv verschärft. Mit diesem Gesetz ist seither auch US-amerikanischen Firmen mit Sitz im Ausland jeglicher Handel mit Kuba verboten. Schiffen, die in einem kubanischen Hafen angelegt haben, wird mit dem Toricelli-Gesetz zudem eine Quarantäne von 180 Tagen auferlegt, während denen sie nach dem Ablegen von Kuba keine US-amerikanischen Häfen ansteuern dürfen.

7. Ein erneutes Mal verschärft wurde die Blockade 1996 mit dem Helms-Burton-Gesetz, das massiv in die internationale Handelsfreiheit eingreift. Mit diesem Gesetz sollen ausländische Investitionen auf Kuba unterbunden werden und Angestellte von Firmen, welche die Blockade «verletzen», müssen mit einem Einreiseverbot in die USA rechnen. Das Gesetz institutionalisiert zudem die von den USA finanzierte und geführte Subversion gegen Kuba.

8. Per Gesetzesbeschluss wird der Firma Bacardi erlaubt, den geschützten Markennamen «Habana Club» auf dem US-amerikanischen Markt zu verwenden. Damit verstossen die USA auf eklatante Weise gegen internationales Recht und verwandeln die Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums in reine Makulatur.

USA-Kuba: Weitere Eskalation

«Nie waren die US-kubanischen Beziehungen so schlecht wie unter der Bush-Dynastie!», unterstreicht Ana Maria Rovira. Dabei hat der gegenwärtige Bush seine feindliche und aggressive Haltung gegenüber der Karibikinsel im laufenden (Wahl-)Jahr noch verschärft: «Am 6. Mai hat die US-Regierung in einem über 450 Seiten starken Dokument neue Massnahmen angekündigt, um unsere Lebensbedingungen ein weiteres Mal zu verschlechtern.»

Diesmal wird es auch die über eine Million Menschen zählende kubanische Gemeinde in den USA selbst treffen: Durften die kubanischen Emigranten bis anhin einmal im Jahr zum Verwandtenbesuch nach Kuba reisen, soll ihnen diese Reise jetzt nur noch alle drei Jahre gestattet und die Möglichkeit, Geld nach Kuba zu schicken, soll massiv eingeschränkt werden (bisher floss nach Schätzungen etwa eine Milliarde Dollar jährlich nach Kuba, wobei die Kubaner in der Liste der Lateinamerikaner, die Geld aus den USA nach Hause schicken, nach Mexikanern mit elf Milliarden Dollar, Brasilianern, Kolumbianern, Salvadorianern, Dominikanern, Guatemalteken, Ecuadorianern und Peruanern erst an neunter Stelle stehen). Das Dokument der «Beistandskommission für ein freies Kuba» sieht zudem

weitere Hemmnisse für ausländische Investitionen und damit eine Verstärkung des illegalen, extraterritorialen Charakters der Blockade vor und insbesondere eine starke Ausweitung der antikubanischen Subversions- und Propagandatätigkeit, für welche in den nächsten zwei Jahren 59 Millionen Dollar zur Verfügung stehen. Allein 18 Millionen Dollar wird der Propaganda-Sender erhalten, der unter dem pervertierten Namen des kubanischen Nationalhelden José Martí nach Kuba ausstrahlt und für seine Sendungen künftig ein Armee-Flugzeug der C-130-Klasse verwenden kann. Fünf weitere Millionen Dollar werden aufgeworfen, um international die antikubanische PR insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte zu unterstützen oder gleich zu finanzieren (Konferenzen, Zeitungsartikel etc.).

Wir lieben den Frieden

«Das Dokument dieser sogenannten Hilfskommission für ein freies Kuba versammelt auf seinen mehr als 450 Seiten wie kein anderes zuvor Lügen, Groll, Frustration und Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes», vermerkt Ana Maria Rovira. Seine Stossrichtung ist evident: Wachsende Unterstützung für die innere Konterrevolution, mehr internationale Kampagnen gegen Kuba, Verschärfung umstürzlerischer Handlungen und der Desinformation, weitere Beeinträchtigung der kubanischen Wirtschaft, insbesondere auf dem Gebiet des Tourismus und – wie es im Papier selbst heisst – die «Untergrabung der Nachfolgepläne des Regimes».

«Für uns ist klar, dass diese erneute Aggression u.a. einem bestimmten Wahlkalkül folgt», hält die kubanische Botschafterin fest. «Die kubanisch-nordamerikanische Mafia will befriedigt werden.» Die neusten Beschlüsse der Regierung Bush reihten sich zudem nahtlos in die bisherige Eskalation ein: «Ich denke dabei an die Aufkündigung der Verhandlungen über die Emigration, die Versuche, Kuba mit der Entwicklung von biologischen Waffen in Verbindung zu bringen oder unser Land vor der Welt als terroristische Bedrohung für die USA darzustellen. Nicht vergessen darf man aber auch, dass die alten «Mittel», unser Land zu unterwerfen, weiterhin verfolgt werden: Sabotage-Akte, Mordpläne gegen führende Persönlichkeiten, terroristische Aktionen gegen kubanische Einrichtungen, diplomatische Isolierung, biologische Kriegsführung bis zur militärischen Invasion.»

Das kubanische Volk selbst steigt gegen Bush auf die Barrikaden – so wie es während 45 Jahren sämtlichen Anfeindungen, Blockaden, Wirtschaftskriegen und Aggressionen der stärksten Macht der Erde getrotzt hat. «Am 14. Mai haben in Havanna über 1 200 000 Menschen gegen die neusten Feindseligkeiten der Bush-Regierung demonstriert», illustriert Ana Maria Rovira den unerschütterlichen Willen des kubanischen Volkes, seine Unabhängigkeit und seine Souveränität zu verteidigen. «Wir sind ein Land und ein Volk, das den Frieden liebt und die internationale Solidarität praktiziert», sagt die ehemalige Spanierin, die diese Solidarität selbst erfahren hat, und sie erinnert daran, dass heute zum Beispiel über 17 000 kubanische Ärzte in 65 Ländern der Welt solidarische Arbeit verrichteten und eine ähnliche Anzahl Jugendlicher aus 110 Ländern auf Kuba studieren würden.



«Eine andere Welt ist möglich. Danke, Kuba, für Dein Beispiel.» (Transparent der Vereinigung Schweiz Kuba an einer Kundgebung vom Dezember 2003 in Genf)

Unsere Welt



Louise «Luggi» Stebler 2002 am Dreiländer-Friedensfest. Foto D. Herrmann

Hans «Joe» Stebler und Louise «Luggi» Stebler Die Achtziger

In diesem Jahr wäre Joe Stebler achtzig Jahre alt geworden. Leider ist er vor fast zehn Jahren, viel zu früh, verstorben, Opfer einer heimtückischen, tapfer ertragenen und bekämpften Krankheit. Seine Witwe, Lebens- und Kampfgenossin Louise Stebler feiert hingegen ihren achtzigsten Geburtstag, bei guter Gesundheit und immer noch rüstig, im Juli dieses Jahres.

Von Hansjörg Hofer

Die beiden lernten sich kennen im illegalen Kommunistischen Jugend-Verband während des 2. Weltkrieges. Gemeinsam und mit vielen Freunden kämpften sie gegen den barbarischen Hitler-Faschismus, übten Solidarität mit den zahlreichen antifaschistischen Flüchtlingen, setzten sich ein für Frieden, Gerechtigkeit, für ein besseres Leben und eine sozialistische Gesellschaft.

Nachdem 1945 die antifaschistische Allianz den Hitler-Faschismus besiegt hatte, eröffnete der monopol-kapitalistische Westen einseitig und bösartig den kalten Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die ganze Linke.

Weltfriedenskongress

1949 – in Washington war gerade der aggressive NATO-Pakt unterzeichnet worden, in Bonn zur Gründung eines Separatstaates gerüstet, Frankreich führte seinen schmutzigen Krieg gegen die Völker Indochinas, England massakrierte die Malaaien, in Griechenland wehrten sich einige Patrioten verzweifelt gegen die westliche Reaktion, der Kalte Krieg drängte die demokratischen Kräfte allenthalben in die Defensive; der Friede schien neuerdings in Gefahr zu sein.

Da, am 20. April 1949, eröffnete in Paris der französische Atomphysiker und Nobelpreisträger Joliot-Curie den

ersten Weltkongress der Friedenskämpfer. Anwesend waren mehr als 2000 Delegierte aus 72 Ländern, unter ihnen auch Joe und Louise. Der Kongress hinterliess bei den Steblers einen tiefen Eindruck und prägte ihr weiteres Leben. In die Schweiz zu-



Erstausgabe der 1978 massgeblich von Joe Stebler gegründeten «Unsere Welt»

rückgekehrt, gründeten sie, zusammen mit Frau Prof. Woker, Prof. Bonnard, Arthur Villard und anderen, die Schweizerische Friedensbewegung. 1950 lancierte der Weltfriedensrat den «Stockholmer-Appell», der ein

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Marta Martin,
Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis _____ Exemplare
«UNSERE WELT».

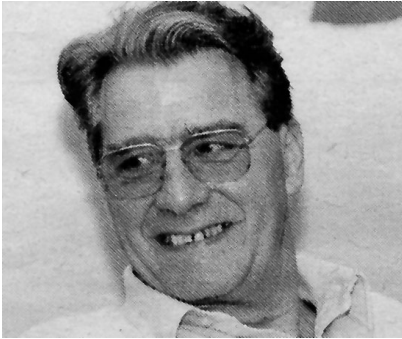
Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Joe Stebler (1924 – 1994)

dinnen und Freunden, Mitkämpferinnen und Mitkämpfern, Genossinnen und Genossen.

Joe werden wir nie vergessen und Louise wünschen wir alles Gute, gute Gesundheit und noch ein langes, aktives Leben.

Schliessen möchten wir mit den Worten von Bertolt Brecht:

«Ach wir, die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, konnten selber nicht freundlich sein,
Ihr aber, wenn es soweit sein wird, dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist, gedenkt unser mit Nachsicht.»

In der Luzerner Friedenstradition

Den Dialog fördern

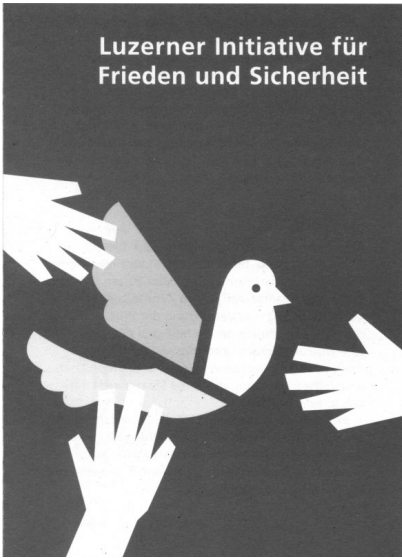
Von Martin Schwander

20 Monate mühsamster Netzwerk- und Aufbauarbeit auf lokaler, kantonalen und nationaler Ebene würden dahinter stecken, meint Carola Dahinden-Schilter, Mitinitiantin und Vizepräsidentin des Vereins LIPS (Lucerne Initiative for Peace and Security). «Alles non-profit», wie sie betont. Doch seit Oktober 2003 steht er, der Verein, der an eine ganz besondere Tradition des Innerschweizer Hauptortes erinnern und anknüpfen möchte, der Tradition nämlich als Stadt des Friedens.

1902 nämlich – so die LIPS – habe Luzern auf Initiative des polnischen Eisenbahnbarons und späteren Friedensaktivisten Jan Bloch die Eröffnung des weltweit ersten Friedensmuseums feiern können. Das Museum, welches zunächst in Paris hätte Einzug halten sollen, von dieser Stadt aber verschmäht worden war, sei der erste Versuch überhaupt gewesen, mit musealen Mitteln öffentliche Friedenserziehung zu betreiben und hätte zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein entsprechend «enormes Echo» gefunden. In der Folge entstünden weltweit über 70 Friedensmuseen sowie Friedensforschungsinstitute.

Dem Renommee, welches Luzern mit seinem «Internationalen Kriegs- und Friedensmuseum» gewonnen hatte, sei es zu verdanken, dass die Stadt drei Jahre später zum Austragungsort des 14. Internationalen Friedenskongresses ausgewählt wurde.

Genau an diesen Friedenskongress nun möchten die Mitglieder von LIPS anknüpfen und sein hundertstes Jubiläum vom kommenden Jahr mit einer «aussergewöhnlichen Veranstaltung»



begehen. Gedacht wird an eine internationale Dialog- und Diskussionsplattform und an offene Rundtischgespräche etwa, die durch «den Austausch mehr Erfahrung und praktischen Wissen hervorbringen» sollen, wie es im LIPS-Prospekt heisst. «Das basisdemokratische Verständnis für soziales Zusammenleben in unserer pluralistischen Gesellschaft soll begünstigt und Wechselwirkungen zwischen innen- und aussenpolitischen Zusammenhängen sowie Abhängigkeiten sollen vermehrt erfahrbar werden. Auch Sicherheitsfragen in sich verändernden Staatensystemen und internationalen Allianzen sollen mit zusätzlich gewonnenen Informationen transparenter und besser lösbar werden.»

Weitere Infos bei LIPS, Postfach 203 in 6022 Grosswangen, www.lips-org.ch, info@lips-org.ch